Der Prozeß Wojak

Wojak ist ein Nachkriegsprodukt. Ein Gewächs der demokratischen Republik. Es gibt unendlich viele Wojaks; große und kleine. Wojak ist eine Weltanschauung gewissermaßen, oder ein System. Oder richtiger: ein Prozeß. „Der Prozeß Wojak." Die mausig-ruhenden Pole in der Zersetzungserscheinungen Flucht: das sind die Wojaks.

Mit einem dieser Wojaks, mit dem größten Wojak aller Wojaks beschäftigen sich wochenlang die Berliner Gerichte, die Oeffentlichkeit, die Sittenrichter, alle die noch ein Wojak werden möchten und die Presse. Am meisten schimpfte die Sozialdemokratie über die abgrundtiefe Demoralisation, die den demokratischen Staat so fürchterlich begannert hat. Dieser Wojak ist wirklich einer der größten Schieber, ein Milliardenschieber. Größer als alle Sklarz, der von den Deutschnationalen, von der Deutschen Volkspartei, von der Sozialdemokratie, größer als alle 5 Brüder Sklarz zusammen. Wojaks Bestechungstalent ist ausgeprägter, als das aller russischen Staatslieferanten und Minister seit Iwan IV. Er bestach wahllos alles, was ihm unter die Finger kam, vom Tippfräulein bis — —. Die Philosophie war richtig: Wer gut schmiert, der gut fährt.

Dieser Wojak kam nach Berlin mit schiefen Absätzen und ausgefransten Hosen. Aus Neutomischel oder Schrimm. Die erste Nacht pennte er in der Palme. Dann klaute er eine Fußmatte, verklappte sie, mietete sich eine Schlafstelle und machte sich selbständig. Dann klaute er ein Fahrrad, verklappte es, machte die Fabrik auf. In der Schlafstelle. Gamaschen.

Heute hat der Wojak eine Silberkammer, Perserteppiche, Brillanten, Autos, Villen, Häuser, Warenspeicher, Handelsgesellschaften, Fabriken, einen Marstall, Rittergüter. Schon aus diesem einen Wojak und seinen (nur) 12 Mitangeklagten könnte Bernstein eine neue Theorie machen. So verblüffend schnell ging der Aufstieg, die Ansammlung von Riesenvermögen.

Zu der zuerst angestellten Arbeiterin der „Gamaschenfabrik", Frau Felgentreff, sagte Herr Wojak: „Wenn das Gasmaskengeschäft zustande kommt, bin ich ein gemachter Mann". Und es kam zustande! Mit der Reichsbekleidungsstelle (RBS.). Das ist so ein „sozialisierter" Betrieb. Es kamen nicht nur Gasmasken, Leib- und Bettwäsche, Mückenschleier und Gardinen, Garderoben und Betten kistenweise. Die Bezeichnungen mußten stets sofort von den Kisten entfernt werden. Kistenweise, wagenweise ging es immer weiter. Nur eine Versandadresse aus der Zeit des jungen Anfängers ist noch vorhanden: Herr demokratisch-republikanischer Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer Max Papendick auf Sukelten in Ostpreußen.

Wenn die Polizei haussuchen kam, mußten die Bücher verbrannt werden. Das ging natürlich nur, solange das Geschäft nur mit einem „sozialisierten" Betrieb in Verbindung stand. Später hätte man dazu Verbrennungsanstalten oder Hochöfen bauen müssen. Deshalb ist auch ein kleiner Teil der „Geschäftsbücher (3 Lastautos voll) dem Staatsanwalt in die Hände gefallen. „Von Geschäftsbüchern verstehe ich nichts", sagte Herr Wojak. „War Wojak einer von denen, die ihr Büro in der Westentasche haben?", fragt der Vorsitzende den Zeugen Pestel, Direktor der RBS. Zeuge: „Wojak hat noch nicht einmal ein Notizbuch besessen. Bücher waren wohl angelegt, aber nicht richtig und unzureichend. Eine Uebersicht über den Vermögensstand konnte man daraus nicht gewinnen." (Aber eine Banknotentasche hatte Herr Wojak!)

Es kommen die Schrottgeschäfte an die Reihe: Die „Rechts"anwälte des Herrn Wojak beantragen Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Gericht beschließt sie. **Verteidiger des Herrn Wojak sind die Herren Rechtsanwälte Dr. Halpert und Dr. Rosenfeld. Sozialdemokratie und Arbeiterführer!** In der Theorie ist die Sozialdemokratie zwar für öffentliche Gerichtsbarkeit. „Aber der Entwicklungsprozeß des Wojaks, der Anfang der Wojaksierung liegt in der Periode der „reinsozialistischen Arbeiterregierung". Herr Dr. Halpert und einer der Sklarz waren Parteigenossen in der SPD. und Herr Kurt Rosenfeld und ein anderer Sklarz waren Parteigenossen in der USP. Und die Herren Sklarz waren die Wegbereiter der Wojaksierung, oder, da es sich hier um Sport handelt: sie waren die Schrittmacher des Wojak. Und die Herren „Rechts"anwälte die Verteidiger des Systems (der Demokratie und der „Sozialisierung" System Wojak). Eine große Reihe führender Sozialdemokraten waren in den „sozialisierten" Betrieben. Als Lohn für ihren Ruf: „Die Sozialisierung marschiert; Nur Arbeit kann uns retten; Arbeit ist Sozialismus". Hunderttausend sind in den Aemtern der demokratischen Republik, die Herren Wojak in so verblüffend kurzer Zeit phänomenale Riesenreichtümer in den Schoß warf. Deshalb ist die Sozialdemokratie durch ihre höchsten Führer Verteidiger des Prozeß Wojak, des Wojak, der Wojaksierung. Deshalb wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Wojaksierung marschiert!

Das Schrottgeschäft? Die Anklage legt Wojak zur Last, daß er es verstanden habe, leitende Persönlichkeiten bei den in Frage kommenden Stellen für sich zu gewinnen und dann mit deren Hilfe falsche Gewichte über die von ihm gekauften Schrottmengen in die Lagerbücher eintragen zu lassen. — Das Schrott, das Herr Demokrat Wojak der damals „sozialistischen Republik" abkaufte, bestand aus neuen Feilen und wertvollen Werkzeugen (!), die Herr Wojak sich selbst in den Lagern der „Deutschen Werke" aussuchte und zu deren Abfuhr die Auto tagelang rollten. Herr Oberlagerverwalter Bennert sah und hörte nichts. Aber Herr Sozialdemokrat Dr. Halpert ist auf dem Damm. Den Sachverständigen Leinen lehnt er ab: **er habe als Schlosser an der Drehbank gestanden und könne als deutscher Arbeiter nicht so über der Sache stehen** (!) Das Gericht beschließt demgemäß!

Das Autogeschäft: Die Reichstreuhandgesellschaft (RTG.) stellte Herrn Wojak 111 (einhundertundeil) Wagen zur Verfügung. Herr Wojak unterschlug 2 davon, weil von den anderen die Köhler, Magnete und alle wertvollen Teile abschraubten, stellte den Rest Herrn Händler Schuppe zur Verfügung, der aus diesem Rest 200 (zweihundert) verschuppte. Herr Wojak beantragte und bekam von dieser „sozialistischen" „Treuhand"gesellschaft (1921) 50 000 Mark Nachlaß.

Das Ledergeschäft: Herr Wojak „kaufte" von der RTG. 12 Kisten wertvolles Leder, vertauschte den Inhalt mit Papiergewebeabfällen und lieferte die Kisten wieder der „Treuhand"-Gesellschaft zurück. Man die merkte es, aber . . . Herr Wojak, die Wojaksierung! . . . „sondern war mit dem Tausch vollkommen zufrieden" . . . stellt das Gewicht fest. — Am 4. März „sozialisierte" Herr Wojak einen ganz großen Kamsch. Von der „Treuhand"gesellschaft selbstverständlich! Wie groß wird niemals an die Sonne kommen, wir sind „sozialisiert". Der Angestellte Schauer (langjähriger Gewerkschaftsfunktionär), der die Sache hätte buchen sollen . . . Aber ein kleiner Teil „durch ein reines Versehen", wie der Buchsachverständige sagt, nicht ganz vertucht worden: 100 000 Armeezelte, 250 Pferdegeschirre . . für 467 000 M. . . Infolge der laufenden Markentwertung war zögerige Barzahlung üblich. Herr Wojak aber bekam 4 Monate Ziel. Nach 28 Monaten, am 7. Juli 1922 geschah über den kleinsten Teil das Wunder; der größte Teil . . wojaksiert! Auf dem jetzt vorhandenen Schuhschein stehen noch 1000 Sättel. (Und da sage noch einer, daß die Demokratie nicht der Militarismus verdrängt.) — Ueberhaupt kernlederne Satteltaschen war eine feine Sache: Dort stand im Original-schreiben: „10 000 Stück am 15. Februar 20 abgegeben." Durch Hinzufügung von zwei Worten lautete der Satz dann: „Können 10 000 Stück am 15. Februar 20 abgegeben werden?" Mit Rotstift hat dann jemand darunter geschrieben: „Nein!" Da aber der Riesenberg Sattelstachen immer kleiner wurde, mußte die demokratische Reichs„treuhand"gesellschaft Methoden ersinnen, daß in den Büchern stand: verkauft. Nichts ist leichter als das.

Als Gewerkschaftsbeamter lernt man diese kleinen Tricks. Man „verkaufte" also Herrn Wojak 10 000 Sattelstachen aus Kernleder, das Stück zu 9 Mark. Eine anständige Zigarre kostete zu dieser Zeit auch 9 Mark. Deshalb kamen der KTG. Gewissensbisse (ein „sozialisierter" Reichsbetrieb hat Gewissensbisse) und zahlte ihm freiwillig die Hälfte zurück. In den Büchern änderte man „Stück" in „Paar"! Ob Herr Wojak die 9 Mark aber überhaupt bezahlt hatte? Das Gericht stellt fest, daß Herr Wojak „freiwillig" erst bezahlte, wenn die Polizei hinter ihm her war.

So ging das ein paar Wochen. Die Herren haben alles „vergessen", soweit sie nicht überhaupt „krank" sind. Nur Herr Sozialdemokrat Dr. Halpert ist kerngesund. Ob Herr Dr. Kurt Rosenfeld auch so gesund ist, weiß man nicht. Die Kanzlei arbeitet fieberhaft! Devisen wie ein Bankgeschäft . . . aber — „Vorwärts", die ganze „Arbeiter"presse, auch die demokratische, kurz die ganze wojaksierte Presse ist so schüchtern: Herr Dr. Kurt Rosenfeld wird nie erwähnt. — Der Prozeß Wojak ist eine Analyse der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im Stadium der Demokratie. Es ist nicht wahr, daß Münchhausen sich am eigenen Schopf selbst aus dem Sumpf gezogen hat! Die versinkende bürgerliche Gesellschaftsordnung" kam sich selbst auch nicht anklagen, noch weniger verurteilen! Zur Anklage steht hier die deutsche Arbeiterklasse: Daß sie diesen stinkenden Pfuhl, diese Morastgrube, in der schon Molche und Sumpfpflanzen ersticken, zur eigenen Verpestung und zur Vergiftung der Atmosphäre als „Vaterland" anbetet und stützt. Zur Anklage steht das Organisationsprinzip der deutschen Arbeiter, das „Rechts"anwälte an die Spitze gewirbelt hat, die das, was die Mitglieder dieser „Klassenkampforganisationen" als Unmoral und Verbrechen verfluchen, gegen Devisen, vom Pfuel wegverteidigen! Der „Marsch" ist eben dazu da, daß man ihr einen doppelten Boden zimmert. Dieser Prozeß Wojak ist nur eine Perle aus der Herrschaftskrone der Demokratie, die jetzt an der Ruhr gekrönt wird. Dort wurden vor 2 Jahren 4000 Jahre Zuchthaus und eine Reihe Todesurteile verhängt über Proletarier, die der Demokratie Brot und Kleider nahmen („stahlen"; die bürgerlichen Gesetze verurteilen Betrug härter als Diebstahl) und ihren kämpfenden und darbenden Brüdern gaben. Schon für Flugblattverbreitung oder Kurierdienste wurden langjährige Strafen verhängt. Tagtäglich noch werden für einen Laib Brot (wenn er „gestohlen" wird) Jahre Kerker verhängt. Hier beantragt der Staatsanwalt wegen Betrug und Urkundenvernichtung 6 Monate Gefängnis; auch 2 Monate, die 40 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden, tun es auch. Herrn Wojak werden mildernde Umstände versagt und er wird zu 4 Jahren Gefängnis „verurteilt". Hätte man diesen Wojak bei der Fuhlmatte oder beim Fahrrad erwischt, als man in ihm einen Proletarier vermuten konnte! An seiner Stelle würde jetzt ein anderer stehen. Er würde heute noch drinn sitzen. — Die Demokratie und die „Klassenkampforganisationen" sind feine Sachen, wenn man bei ihnen angestellt ist oder Gemeinschaftsverbindung mit ihren wojaksierten Betrieben unterhält.

Die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien

Die Jahre 1918 bis 1920 sind Jahre schwerer Kämpfe für das spanische Proletariat gewesen. Die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (Nationale Arbeitskonföderation) wuchs in diesen Jahren ganz gewaltig. Alles Versuchen der Bourgeoisie gelang es nicht, die revolutionäre Kraft der Organisation zu untergraben. Aus dem Generalstreik 1919, der ganz Katalonien erfaßte und 18 Tage dauerte, ging die Nationale Konföderation gestärkter hervor. Zugleich ging parallel mit den Massenaktionen der Anschlag der individuelle Terror, der gewissermaßen eine Antwort war auf die Hatzjagd der Bourgeoisie und ihrer ständigen Angriffe auf die Arbeiterklasse. Während der großen Streikbewegung 1918-19 organisierte der Arbeitgeberverband Mörderbanden, die die bekanntesten Arbeiterführer beiseite schaffen sollten. Darauf antwortete die Arbeiterklasse mit rücksichtslosem roten Terror. Unnachgiebige Arbeitgeber, einzelne Polizeibeamte, Provokateure usw. fielen durch den roten Terror. — Im Jahre 1919, nach dem Arbeitgeberkongreß in Barcelona, ging die Bourgeoisie zu einem systematischen Gegenangriff vor. Als erste Maßnahme verhängte sie die Sperre über die gesamte Industrie in Katalonien, die etwa 500 000 Arbeiter betraf. Während der Aussperrung hagelte es Repressalien, Hunderte der aktivsten Arbeiter wurden in die Gefängnisse geworfen. Bald flammten wieder große Streikbewegungen auf (Metall- und Transportarbeiter), die mit einer Niederlage endeten. Nach dieser Niederlage setzten neue Repressalien ein, die sich durch große Grausamkeit auszeichneten. Der Gouverneur von Barcelona, General Anido, und der Polizeichef, General Arlegui, organisierten eine systematische Jagd auf die Arbeiter. Viele Kämpfer wurden ermordet, andere ins Gefängnis geworfen und Hunderte von Proletariern des Landes verwiesen. 1920 versuchte die Nationale Arbeitsföderation energische Protestaktionen dagegen zu organisieren, als Beispiel einen Generalstreik, der jedoch durch den Verrat des Allgemeinen Arbeiterbundes (Amsterdamer Richtung) zusammenbrach. Die nächsten zwei Jahre waren Jahre der finstersten Reaktion. Die Arbeiterorganisationen waren zersprengt. Die Kraft der Arbeiter war erschöpft, der individuelle Terror erwies sich als eine sehr zweischneidige Waffe. Die Ereignisse in Marokko im Sommer 1921, in deren Verlauf über 30 000 Soldaten hingeschlachtet wurden, erweckten keinen Widerhall in der spanischen Arbeiterschaft.

Seit einigen Monaten baut sich die Nationale Arbeitskonföderation allmählich wieder auf, aber es zeigt sich eine gewaltige Abweichung der revolutionären Bewegung von den Bahnen des Klassenkampfes. Die Syndikalisten lehnen den individuellen Terror ab, aber sie erklären sich gleichzeitig auch schärfste gegen jede Gewaltanwendung als Waffe des Proletariats im Kampfe gegen seine Feinde. Die Syndikalisten glauben, einzig durch Aufklärung der Massen ihr Ziel zu erreichen. Bis heute war der Syndikalismus in Spanien eine auf den Kampf eingestellte Bewegung. Darauf beruhte seine Kraft. Durch die jetzige Tatsache der Abgewandtheit der Allgemeinheit von der Kampfbewegung zu einer Organisation herab, die unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen in Wirklichkeit nur eine Gruppe mit humanitären, pazifistischen Tendenzen ist, die nichts mehr mit Klassenkampf zu tun hat. Eine maßgebende Vertreter dieser Einstellung sind die einflußreichsten Führer der Konföderation Pestana und Segui. Letzterer erklärte in einer Rede in Valencia am 1. September 1922: „Wir müssen danach streben, daß man uns nicht wegen unserer Macht, sondern auch unserer geistigen Vorzüge wegen Achtung entgegenbringt. Wir dürfen die vergessen, daß unser Kampf, der über den Rahmen der Jetztzeit hinausgeht, nicht nur einen Kampf einer Klasse gegen die andere darstellt," und ein anderes: sagte er: „Wir wünschen, auf einer Stufe mit den Arbeitgebern, der Aristokratie und allen denen, die sich fälschlicherweise für etwas besseres halten, zu leben. Daher streben wir nach einer Hebung des Proletariats. Wir haben ebenso gelernt, daß letzten Endes alles auf Bildung ankommt und daß diese den engen Horizont des Arbeiters erweitern und ihn zu einem bewußten Menschen machen wird." Ein anderer Syndikalist, Antonio Amador, erklärte in einem Referat über ideologischen Strömungen innerhalb der Konföderation": „Wir verwirklichen die Revolution nicht für uns allein, die wir in nur eine Klasse bilden, sondern für alle Menschen und für das Wohl aller Klassen."

Als die Syndikalisten den Glauben an die Gewalt verloren, verfielen sie in ein anderes Extrem, den Pazifismus. Hier trat die Abstraktheit des Anarchosyndikalismus voll in Erscheinung. Da sie keine feste theoretische Grundlage hatten, erkannten sie als Richtlinien für den sozialen Kampf die Grundzüge der metaphysisch-philosophischen Morallehre an. In höheren Regionen schwebend, erblicken sie die Ursache ihrer Mißerfolge in der Nichtbeachtung der Prinzipien der Moral. In einer Deklaration des Landesausschusses der Konföderation heißt es unter anderem z. B.: „Nur durch Ueberzeugung können wir siegen, denn anders wären wir nicht Anarchisten." Bisher wurden alle Aktionen der Arbeitskonföderation von der Gewaltanwendung getragen, wie die verschiedenen Streiks, Boykottbewegungen, Sabotageakte, der individuelle Terror usw. zeigen. Anstatt nun die Erfahrungen der letzten Jahre auszunutzen und festzustellen, welche Methoden der Gewalt am besten den Interessen der Arbeiterklasse dienen könnten, verurteilen die Syndikalisten die Gewalt schlechthin. Sie sagen: „Da wir eine Gesellschaft der Gerechtigkeit und gegenseitigen Liebe anstreben, müssen wir von allen Formen der Vergewaltigung absehen." Die „Gerechtigkeit, Freiheit, das Recht" und andere Fetische der bürgerlichen Ideologie werden von ihnen zu den höchsten Gütern erklärt. In einer bürgerlichen liberalen Zeitung Madrids veröffentlichen Artikel von Salvatore Quemados (Kassierer der Bezirkskonföderation Katalonien) entnimmt man folgendes: „Die Politik der Arbeiterklasse leidet an einem Grundübel: der Anbetung der Macht als Mittel für die Verwirklichung der Gerechtigkeit. Die Gewalt wird als solche den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft nur anbahnen und die Ansammlung moralischer Güter hinausschieben, die ein neues kollektives Gewissen erwecken werden." — Von Klassenkampf ist nicht mehr die Rede. Dagegen schreibt in der „Vida Nuova", Madrid: Wir treten in die Zeitalter, in dem alle Freiheiten ihre höchste Entwicklung erreichen werden. Der Geist des Liberalismus wird bald die ganze Welt erobern. Wir Syndikalisten sind die Träger der revolutionären Fortschritts der Menschheit. Uns ist die Aufgabe zugefallen, die Gesellschaftsformen zu schaffen, in denen die Gerechtigkeit vorherrschen wird. Wir werden nicht wie die Barbaren Rom im Sturme nehmen, dafür aber Schritt um Schritt von den Positionen der Bourgeoisie Besitz ergreifen und diese abbauen."

(Schluß folgt.)

Mitteilungen

Freitag, den 1. Juni
Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin

Groß-Berlin

Referenten, Bezirksführer, Mitarbeiter der „KAZ.", Pressekommission!

Die erweiterte Zentralisierung findet am Sonnabend, den 2. Juni, abends 7 Uhr, in der Schule Gipsstraße 23, Zimmer 11, 2 Treppen, statt. Erscheinen unbedingt notwendig.

Arbeitsausschußsitzung, Donnerstag, 31. Mai, abends 6 Uhr, im Verlag, Landsberger Straße 6.

Broschüren-Obleute!

Sämtliche Broschüren und Bücher müssen bis zum Freitag, den 1. Juni abgerechnet werden, da die Börsenzahl zurzeit 3300 beträgt. — Die in unseren früheren Inseraten angegebenen Grundzahlen für Bücher und Broschüren sind vom Sonnabend, den 2. Juni ab, mit 3300 zu multiplizieren.

19. Bezirk. Kombinierte Mitgliederversammlung des Bezirks der Union und des 19. Parteibezirks am Freitag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, im Prälaten, Greifswalder- Ecke Lehder-Straße.

Gruppe Norden. Schule Böttcher-Straße, Mittwoch, den 6. Juni, 7.30 Uhr. Vortrag: Die kapitalistische Weltwirtschaft.

Gruppe Osten. Auskunft über die Zusammenkünfte erteilt Fritz Ostrowski, Berlin O 112, Dresdner Straße 13, Stg. 3 Treppen. Programm für Juni: **1. Juni:** Organisatorisches. **6. Juni:** Arbeiterregierung und ihre Folgen für die Arbeiterschaft. **8. Juni:** Beteiligung am Bildungsabend Groß-Berlin. **13. Juni:** Luxemburg-Abend. **15. Juni:** Mitgliederversammlung. **20. Juni:** Die Frau in der proletarischen Bewegung. **22. Juni:** Bildungsabend. **27. Juni:** Fortsetzung des Vortrages vom 20. Juni. **29. Juni:** Mitgliederversammlung.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Am Freitag, den 8. Juni, abends 7.30 Uhr findet in der Schulaula, Gipsstraße, der erste Vortragsabend der KAJ. von Groß-Berlin statt. Alle KAP. und Unions-Genossen werden ersucht, ihre Kinder zu diesen Vortragsabenden, die vierzehntäglich laufend stattfinden sollen, hinzusenden.

Arbeitsausschuß der Jugend, Jugendsekretär der Union.

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Fürstenwalde

Am Sonnabend, den 2 Juni 1923, abends 7 Uhr, auf dem Marktplatz vor dem Rathaus,

Oeffentliche Kundgebung.

Thema: **Die Ausbeuter Deutschlands — der Untergang des Proletariats.**

Proletarier erscheinen in Massen!

Gesamtfunktionär-Versammlung, Montag, den 4. Juni, 7.30 Uhr, im Jugendheim, Am Ostbahnhof 17.

Bildungsabend für Groß-Berlin, Freitag, den 8. Juni, abends 7.30 Uhr, in der Schule Gipsstraße 23. Einführung in die materialistische Geschichtsauffassung. Partei- und Unionsgenossen sowie deren schulentlassene Kinder sind willkommen.

Achtung! Fahrt nach Fürstenwalde! Sämtliche Gruppen beteiligen sich Sonnabend, den 2. Juni an der Fahrt nach Fürstenwalde. **Abfahrt von Berlin:** Charlottenburg 3.30 Uhr, Stralau-Rummelsburg 4.30 Uhr nachmittags. Gruppen müssen Treffpunkte zur gemeinsamen Fahrt ansetzen. Sämtliche Genossen müssen mit dem 6-Uhr-Zug in Fürstenwalde eintreffen.

Groß-Hamburg

Bezirk Barmbeck: An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal: Witkopp, Wendsbeker Straße 33: 5. Juni, 19. Juni, 3. Juli.

Bezirk Hammerbrook: An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal: Wendenhalle, Wendenstraße 72: 31. Mai, 28. Juni.

Literatur und „KAZ." ständig zu haben durch Gustav Langfeldt, Barmbeck, Küthnerort 54, 1.

Der Arbeitsausschuß.

AAU. Thüringen

Am Sonntag, den 10. Juni, 9.30 Uhr morgens, findet im Restaurant Jägerhaus eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Politische Lage; 2. Unsere Aufgabe im Bezirk; 3. Bericht der Bezirksleitung; 4. Allgemeines.

Zu dieser Konferenz ergeht keine besondere Einladung. Es müssen folgende Gruppen erscheinen: Suhl, Zella-Mehlis, Goldlauter, Crawinkel, Tambach-Dietharz, Jena, Weimar, Sonneberg, Oberschönau.

Genossen! Durch Beschluß der Bezirkskonferenz gilt Thüringen als selbständiger Bezirk. Es gilt jetzt selbständig zu arbeiten und alle Kräfte einzusammeln. — Sämtliche Zuschriften sind zu richten an Theodor Freyholdt b. Bader, Zella-Mehlis I, Gothaerstraße, Hollandsmühle 4.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

4. Jahrg. Nr. 42 Preis 300 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200 Mk. Einzel-Exemplare erste Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 1400 Mark. Nach dem übrigen Ausland 6000 Mark monatlich.

Flammenzeichen — Um was geht es?

Die heranziehende, ihre Schatten tief ins Land werfende Wirtschaftskatastrophe hat — wie selten zuvor — das Kleinbürgertum in Bewegung gebracht. Der „Vorwärts", zugleich das Organ der Gewerkschaften, schreit: „Lohnerhöhung", „Lohnerhöhung", die „Kölnische Zeitung" vom Donnerstag, den 31. Mai, schreibt in bezug auf die Vorgänge an der Ruhr: „Wenn die Regierung schon früher diesen Warnruf gehört hätte, **dann wären die schweren Erschütterungen im Ruhrgebiet erspart geblieben."**

Die „Rote Fahne" vom Sonntag, den 27. Mai, schreibt: **„Die Kommunistische Partei hat kein Interesse daran, daß an die Stelle dieser kopflosen Regierung eine andere bürgerliche Regierung tritt. Noch weniger hat sie ein Interesse, Herrn Poincaré zum Siege zu verhelfen."** Und damit der Reigen voll werde, haben die Herren Betriebsräte ebenfalls ihr Programm entwickelt und fordern: „Anerkennung der proletarischen Hundertschaften **und Heranziehung derselben zum Polizeidienst"**, nachzulesen ebenfalls in der „Roten Fahne" vom 1. Juni. Wer seinen Kopf noch nicht ganz verloren hat, dem wird es nicht schwer fallen, zu begreifen, was mit dem furchtbaren Geschrei eigentlich bezweckt werden soll, gerade von der Partei, die trotz der Hetze, worüber sie sich so bitter beschwert, immer noch so schön zu schweigen versteht, wie sie bis jetzt geschwiegen hat, aber Dinge, die: **„Diese Regierung unmöglich machen würden, für jede internationale Verhandlung".** Daß die Front zwischen Konterrevolution und Revolution nicht zwischen denen liegt, die sich anbrüllen und mit Wegelagerermethoden gegenseitig Entlarvung ankündigen. Ein Zuhälter und seine Dirne werden stets ihre gegenseitigen Beschimpfungen, Drohungen, Prügel, vergessen, wenn das Opfer ihrer gemeinsamen Tat ihnen gefährlich zu werden beginnt. Und die Regierung und die KPD. einschließlich dem, was noch dazwischen liegt, werden dann, jeder mit seiner Polizei, gegen das Proletariat aufstehen, wenn es nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzt, und den Bestand dieser Ordnung gefährlich zu werden droht, auf der die Existenz **aller** gegründet ist. Einen Vorteil haben die Vorgänge an der Ruhr und im gesamten Reich schon gezeitigt: sie haben die Phraseure und Scharlatane gezwungen, offen Farbe zu bekennen. Und je früher das Proletariat dies begreift, desto besser wird es sein, desto weniger werden als Opfer der Hyänen des Schlachtfeldes auf dem Platze bleiben.

Irgendwelche Rücksichtnahme und Sentimentalität angesichts dessen, was ist, wäre Verbrechen an der proletarischen Sache. Darum; Es mag sein, daß „angesichts des völligen Bankrotts, angesichts der völligen Verzweiflung des Proletariats die herrschende Klasse zu den ungezählten Billionen noch ein halbes Dutzend hinzufabriziert und diese Papierfetzen den hungernden Proleten in den Rachen wirft. Sie hat dazu alle Ursache. Nur mit Mühe waren die Ruhrkumpels wieder in die Gruben zu bringen, und kaum haben sie sich beruhigt, noch nicht einmal diese „Lohnerhöhung" mit den Fingern berührt, da legt ihnen die reaende Preisrevolution schon die getträumte Wurst vom Brot, setzt an den gewünschten Bettüberzug einen noch unmöglicheren Preis. Und mag der Vorsatz, den Gewerkschaften hübsch treu zu bleiben, noch so zut gemeint gewesen sein, ein altes Sprichwort sagt: Auch der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Und der Weg der proletarischen, den die Proletarier immer noch als einen Weg zur Hölle ansehen, der ist mit kleinbürgerlichen Illusionen gepflastert. Aber diese Illusionen werden vom Sturm der Geschichte immer und immer wieder grausam zerzaust, zerfetzt, zerrissen. Mit den alten Mitteln und Methoden ist nicht weiter zu kommen. Es geht um etwas ganz anderes. Wehe dem Proletariat, wenn es die Zeichen der Zeit nicht erkennt!

Es spielt bei Leibe keine Rolle mehr, ob der Dollar auf 70 000 oder 100 000 steht. Ausschlaggebend ist, daß die wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe vor der Türe steht, daß neue Scheinkonjunkturen auf Grund der Entwertung der Mark nicht mehr möglich sind. Der große Ausverkauf der Republik schlägt um in einen Ausverkauf auf Abbruch. Noch sind für das deutsche Kapital Möglichkeiten vorhanden, ein vorzügliches Ramschgeschäft zu machen. Noch wiegen die Profite, die ihm aus dem Bankrott der deutschen Republik in die Taschen fließen, den Produktionsausfall infolge des Ruhrkrieges auf. Bald werden die Ruhrkriegsgewinner ihr Ziel erreicht, und Gewerkschaften und Republik völlig aufgekauft haben. Und ehe sie auch nur einen Pfennig bezahlen, werden sie, wird das deutsche Kapital, gemeinsam mit dem französischen, das Ruhrgebiet losreißen, und den Rest verbesserreichern. Und wenn die Verzweiflung ihren Höhepunkt erreicht haben wird und sich, weil der Tod von Hunderttausenden damit verknüpft ist, zu entladen droht, dann werden eure Gewerkschaftshäuptlinge — triefend vor Verantwortung — mit ihren blutigen Fingern nach dem Westen zeigen und euch zur Disziplin ermahnen, von wegen der bösen Entente.

Deutsche Proletarier! Es ist eine Verhöhnung des internationalen Proletariats, daß ihr Solidarität fordert und durch eure Gewerkschaften jeden Tag eure Solidarität mit dem deutschen Kapital dokumentiert. Es ist eine Illusion, für eine Republik zu kämpfen, die durch die internationale Kapitalskonzentration sich längst aufgelöst hat in blauen Dunst. Es ist eine Atempause für das internationale Kapital, wenn ihr euch bezwingt, um „Lohnerhöhungen" zu kämpfen, da das Kapital euch nur deswegen noch scheinbar ein paar Brocken hinwirft, um an euch einen furchtbaren Aderlaß zu organisieren. Hilfe kann nur kommen, wenn das deutsche Proletariat auf die Provokationen des deutschen Kapitals mit solidarischen Handlungen antwortet. Wenn es begreift, daß der Appell an die internationale Solidarität zur Voraussetzung haben muß, die Solidarität des deutschen Proletariats unterbunden und in der Tat. Wenn das deutsche Proletariat kühn und entschlossen aufsteht und der herrschenden Klasse und seinen Trabanten den Krieg erklärt und der Kriegsruf lautet: Die Beherrschung der Wirtschaft durch revolutionäre Räte, die Eroberung der Produktion, die Diktatur des Proletariats! Jene, die stets mit der Phrase „um ein Stück Brot" euch abhalten wollen vor der notwendigen geschichtlichen proletarischen Tat — fressen Fleisch so lange wie sie auf Grund eurer kleinbürgerlichen Feigheit dies als Kampf und sich als „Kämpfer" verhimmeln lassen können, und sind eure schlimmsten Feinde. Es steht alles auf dem Spiel! Es geht ums Ganze! Es geht um die Zukunft des Proletariats, die nur gesichert werden kann, wenn sie erkämpft wird, wenn die Flammenzeichen der Zersetzung der bürgerlichen Ordnung Flammenzeichen der proletarischen Revolution sind.

Worüber schweigt die KPD.?

„Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei verstummen oder wir werden das Schweigen brechen."

So heißt ein Passus in einem Artikel der „Roten Fahne" vom 27. Mai, überschrieben: **„Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr!"**

Dieser Passus sagt also: **Die Redaktion der „Roten Fahne" ist im Besitz von irgendwelchen Nachrichten, die, wenn sie veröffentlicht werden würden, der kapitalistischen Regierung in Deutschland sehr peinlich sein würden.**

Dieser Passus sagt weiter, **daß die Kommunistische Partei und ihr Zentralorgan die kapitalistische Regierung Deutschlands nicht um jeden Preis bekämpfen, daß sie im Gegenteil die ihr von der Regierung bekannten Schandtaten liebevoll verschweigen, wenn — die kapitalistische Regierung sich ihrerseits zu Konzessionen an die KPD. bereit findet, d. h. wenn sie die KPD. weiter ungestört Propaganda für Arbeiterregierung und all den anderen faulen Zauber machen läßt.**

Wir fragen angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsachen die revolutionären Arbeiter, die noch in der KPD. organisiert sind, **seit wann sie ihren Bonzen die Erlaubnis gaben, Schandtaten einer kapitalistischen Regierung zu verschweigen!**

Wir fordern die Arbeiter auf, ihre „Strategen" zu fragen, **welche Geheimnisse sie zu verschweigen haben.** Wenn wir auch die Drohung, daß das Schweigen gebrochen werden solle, für eine leere Phrase halten, so können wir aber nicht annehmen, **daß der Hinweis, in Besitz von belastendem Material gegen die Regierung zu sein, aus den Fingern gesogen ist.**

Die Art, wie die „Rote Fahne' den „Klassenkampf" gegen die ihr „feindliche Regierung" führt, ist nicht mehr die Art, wie sich zwei wirkliche Klassengegner bekämpfen, sondern die Art, wie zwei Rivalen ein und derselben Klasse um die Vorherrschaft innerhalb dieser Klasse ringen.

Der Passus in der „Roten Fahne" ist das Tatbestandsmerkmal dafür, daß **das Zentralorgan einer kommunistisch sein wollenden Partei bei den feinsten und betrügerischsten Erpressermethoden der Gauner untereinander angelangt ist.**

Dies bringen wir den kommunistisch organisierten Arbeitern zur Kenntnis und enthalten uns vorerst jeden Kommentars. **Ein jeder mag sich seinen Vers dazu selbst machen.**

Große öffentliche Versammlungen!

Montag, den 4. Juni, abends 7 Uhr:
Norden: Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Osten: Viehhofbörse, Eldenaer Straße..
Neukölln: Kliems Festsäle, Hasenheide.
Adlershof: Gesellschaftshaus Ziege, Bismarckstr. 4.

Dienstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr:
Zentrum: Musikersäle, Kaiser-Wilhem-Straße.
Weißensee: Albrechtshof, Parkstraße 16.
Marlendorf: Schulaula, Kaiserstr. 16.

**Donnerstag, den 7. Ju

tallistischen Entwicklung und eine ungeheure Zerlegung dieses hauptsächlichen Industriebeckens Europas erfolgt. Es dürfte bekannt sein, daß gerade die Zuteilung des hauptsächlichsten Eisenerzreviers an Frankreich die augenblickliche Krise hervorgerufen hat. Das französische Kapital, insbesondere die lothringische Industrie, geführt von der Wendelgruppe, war nicht in der Lage, durch die in Frankreich gewonnene Kohle und die, die ihr aus dem Saargebiet während der 15 Jahre zugesichert war, die Verhüttung der Eisenerze in Frankreich selbst vorzunehmen. Sie war in immer steigendem Maße auf die Ruhrkohle und auf den Ruhrkoks angewiesen. Deshalb hatte auch die Belieferung mit der Ruhrkohle eine so ungeheure Rolle auf der Versailler Friedenskonferenz gespielt.

Um diese Ruhrkohle geht auch der heutige Kampf. Es ist gleichzeitig die weitere Entwicklungsstufe des Imperialismus, der immer zu größeren wirtschaftlichen Machgebieten antreibt, und der das Bestreben zeigt, immer ungeheuerere trustre zu schaffen, die eine führende Rolle in der Weltwirtschaft spielen. Das westeuropäische Industriegebiet war schon vor dem Kriege der Hauptmittelpunkt der kapitalistischen Entwicklung. Hier war die stärkste Zusammenballung des Kapitals, von hier aus ging die Industrialisierung in die Welt. Man braucht nur zu erinnern an den enormen Kapitalexport der westeuropäischen Staaten Frankreich, England, Deutschland. Dieser Kapitalexport ermöglichte ganz allein diesen sämtlichen Staaten, die an und für sich eine passive Handelsbilanz hatten, eine Lebensmöglichkeit. Sie lebten eben vom Kapital- und Industrieexport. Diese Möglichkeit hat durch den Krieg aufgehört. Westeuropa ist aus einem Gläubigerland zu einem Schuldnerland geworden und damit hat sich eine vollkommen veränderte Lagerung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft vollzogen. Um nun aus dieser kapitalistischen Verlagerung wieder herauszukommen, und wiederum eine starke westeuropäische Kapitalmacht zu bilden, war es notwendig, diese durch den Krieg wirtschaftlich zusammengebrochenen Staaten durch eine Vereinigung zu einer höheren Stufe zu treiben und so die Möglichkeit für eine weitere kapitalistische Entwicklung zu bilden. Diese Voraussetzungen, die hier liegen, diese Möglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaus ist von dem Ententekapital immer wieder in den Vordergrund gerückt worden. Es ist bekannt, das entgegen diesem Streben ein immer stärkerer Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in diesen Gebieten vor sich gegangen ist. Man sagt sogar, daß der Herd des gesamten kapitalistischen Zerfalls in Westeuropa und in dem anschließenden Osteuropa liegt. Hier liegt das Eitergeschwür, das immer weitere Bahnen und immer weitere Ausläufer in die kapitalistische Wirtschaftsordnung schickt. Die deutschen Proletarier interessiert besonders der Abschnitt „Deutschland". Man muß sich hier darüber klar sein, daß dieser Abschnitt nur unter dem Gesamtrahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu betrachten ist, daß wir nicht einen besonderen Teil bilden, sondern eben nur ein Glied in der Kette. Unsere besondere Stellungnahme zum deutschen Kapital zu formulieren, kann nur in dem angedeuteten Rahmen geschehen. Hier liegt hauptsächlich unsere Polemik zur Stellung Deutschlands. Warum müssen wir auf diese Stellungnahme eingehen? Nur aus polemischen Gründen; weil nämlich ein großer Teil des deutschen Proletariats sich verbunden fühlt mit dem deutschen Kapital und weil von dieser Verbindung die zukünftige Lebenshaltung des deutschen Proletariats abhängt. Die gesamten bürgerlichen Parteien bis zur KPD. (man kann direkt sagen: KPD.) sind eingestellt auf die nationale deutsche Wirtschaft. Es sei hierbei nur daran erinnert, daß die Cunoregierung abtritt, weil sie eine Regierung der „nationalen Schmach" darstellt. Die KPD. steckt also selbst den Rahmen der weiteren Entwicklung des Proletariats innerhalb der deutschen Wirtschaft ab, genau so, wie es die SPD. tut, die verlangt, daß die deutsche Wirtschaft durch das deutsche Kapital aufrecht erhalten wird. Die KPD. verlangt eine Arbeiterregierung, damit die deutsche Großbourgeoisie, die dem einheitlichen und unversehrten Deutschland Dolchstöße versetzt hat, abtritt und sie will an deren Stelle den Abwehrkampf an der Ruhr führen. Dieser Abwehrkampf ist das nationale Element, auf das sich das deutsche Proletariat festgelegt hat. Den internationalen Rahmen hält allein die Kommunistische Arbeiterpartei, die immer wieder darauf hinweist, daß das deutsche Problem ein Problem innerhalb des Weltkapitalismus ist und das außerdem dieses Problem nicht national, sondern nur international geregelt werden kann. Daß dieses Problem nur dadurch gelöst werden kann, daß an die Stelle einer Erfüllungspolitik durch eine Regierung irgend welcher Schattierung das revolutionäre Proletariat tritt. Das sind die grundsätzlichen Faktoren.

Wenn man jetzt darauf eingeht, ob es dem deutschen Kapital möglich ist, Deutschland in der jetzigen Gestaltung zu behalten, muß erst festgestellt werden, welche Kräfte politischer und wirtschaftlicher Natur vorhanden sind, um diesem Ziel zum Durchbruch zu verhelfen. Vor allen Dingen muß dabei die außenpolitische Lage in Betracht gezogen werden. Es ist ganz charakteristisch, daß die Ruhraktion allein vom französischen Kapital begonnen worden ist. Dieses hat sich in diesem Falle von den übrigen Entente losgelöst, und dieser Teil der Entente, insbesondere das am meisten in Europa interessierte englische Kapital hat eine sogenannte „wohlwollende Neutralität" gegenüber dem deutschen passiven Widerstande eingenommen. Diese wohlwollende Neutralität hat es dem deutschen Kapital allein ermöglicht, den passiven Widerstand zu halten. Es ist hierbei zu bemerken, daß das englische Kapital an Stelle von bisher anderthalb Millionen Tonnen ca. dreieinhalb Millionen Tonnen Kohlen nach Deutschland geliefert hat. Hätte das englische Kapital diese Unterstützung verweigert, so wäre die Ruhraktion nach den ersten vierzehn Tagen ganz glatt zusammengebrochen. Warum hat das englische Kapital einmal das deutsche Kapital in seinem Widerstande unterstützt, und warum hat es keine positiven Maßnahmen gegen das selbstherrliche Vorgehen des französischen Kapitals getroffen? — An und für sich bedeutet eine Vereinigung des französischen und deutschen Industriegebiets für England einen ungeheuren Schaden. Es würdedadurch eine ganz gewaltige Konkurrenz hervorgerufen werden, denn ca. ⅔ der gesamten europäischen Erzproduktion und ⅔ der gesamten europäischen Kohlenproduktion liegen dann in der Hand des deutsch-französischen Syndikats. Was das auf dem Weltmarkt bedeutet, ist ohne weiteres begreiflich und was es insbesondere für England bedeutet, das in der stärksten Form ein Industrieland ist, dessen Landwirtschaft relativ am wenigsten von allen Industrieländern seine Bevölkerung ernährt., liegt auf der Hand. Dies ist der Grund für die wohlwollende Neutralität. England wollte, daß das französische Kapital, das nicht zu einem Erfolg zu kommen glaubte, durch Loucheur sich an die englische Regierung wandte. Dies sollte das deutsche Kapital veranlassen, ein Angebot zu stellen. Daraufhin ist dann auch das deutsche Angebot erfolgt. Das englische Kapital glaubte, das jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, dem deutschen Kapital die Reparationsbedingungen aufzuerlegen. Es glaubte, daß vom französischen Kapital zu den Verhandlungen mit Deutschland herangezogen werden würde, und nunmehr bei den folgenden Verhandlungen eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte. Inzwischen aber war es dem französischen Kapital gelungen, den Abtransport der Ruhrkohle auf das Großzügigste zu organisieren. Nach deutschen Meldungen war es den Franzosen möglich, im Monat April täglich 6000 Tonnen abzutransportieren. Französische Quellen behaupten sogar, daß 12 000 Tonnen täglich abtransportiert würden. Dies würde bedeuten, daß ein Ausfall an Ruhrkohle gegenüber der Verpflichtung des deutschen Kapitals zu Lieferungen nicht mehr bestünde. Dieser ungeheure Erfolg des französischen Kapitals führte dazu, daß es selbständig ohne seine Alliierten vorging und allein die deutsche Note beantwortete und zwar mit einem „unannehmbar". Darob geriet das englische Kapital in große Verlegenheit. Es sah ein, daß sein ganzer Plan zusammengebrochen war. Es sei in dieser Beziehung an die Rede von Lord Curzon erinnert, der Poincaré die bittersten Vorwürfe über die Zersprengung der Entente machte. Damit aber noch weiter die Möglichkeit des Zusammenarbeitens gegeben war, übernahm das englische Kapital die Rolle des ehrlichen Maklers. Es gab dem deutschen Kapital einen Wink, das auch seiner Ansicht nach das deutsche Angebot vollkommen unannehmbar sei. Dieses Angebot müßte wenigstens übereinstimmen mit dem englischen Januarplan, und nur auf dieser Grundlage könnte England auf das französische Kapital einen Druck ausüben, um es zu einem Nachgehen im Sinne Deutschlands zu bewegen. Es war dies vielleicht der geschickteste Schachzug in der bisherigen englischen Politik. Man hielt sich immer noch die Möglichkeit offen, mit den Alliierten zusammen zu gehen und konnte seinerseits die weitere Entwicklung abwarten. Ganz charakteristisch war und bleibt es, daß das englische Kapital nicht das Geringste zur Finanzierung der französischen Ruhraktion beitrug. Das französische Kapital ist bei der Finanzierung dieser Aktion ganz auf sich angewiesen. Es sei noch ganz kurz erwähnt, warum das englische Kapital nicht positive Maßnahmen gegen die französische Eigenmächtigkeit ergriffen hat. Die militärischen Machtverhältnisse, in denen Frankreich durchaus überlegen ist, geben in diesem Punkt den Ausschlag. Die französische U-Bootflotte kann die englischen Zufuhren von beiden Seiten abschneiden und zwar weil sie imstande ist, von Calais und Boulogne aus eine Absperrung vorzunehmen. Dies ist sehr wohl möglich, weil Frankreich das sogenannte Washingtoner Marineabkommen nicht unterschrieben hat und dadurch in der Entwicklung seiner U-Bootflotte nicht gebunden ist. Es dürfte weiter in Betracht kommen, daß das Verhältnis der englischen zur französischen Luftflotte wie 1 zu 7 ist und außerdem die französische Luftflotte auf einer technisch größeren Höhe steht. Sie verfügt über mehrere Geschwader, die bis auf 6000 Meter Höhe steigen und dabei eine Last von zwei Tonnen Dynamit mitnehmen können. Wenn dazu noch eine sehr große Wurfsicherheit dazu kommt, könnte binnen 24 Stunden das englische Industriegebiet in Asche gelegt werden. Da Abwehrmaßnahmen gegen einen derartigen Angriff, zumal wenn er in kombinierter Form durch U-Boote und Luftflotte erfolgt, in England noch nicht vorhanden sind. Es gilt heute noch das Wort Napoleons: „24 Stunden den Kanal frei und England ist mein!"

Dieses Kräfteverhältnis, Frankreich und England einerseits und im weiteren zwischen Deutschland und Frankreich entscheidet die Haltung des deutschen Kapitals im jetzigen Ruhrkrieg. Die innerpolitische Entwicklung, die gerade durch den Ruhrkrieg ungeheuer beschleunigt wurde, und die durch diese Entwicklung bedingte Zersprengung der deutschen Wirtschaft einschließlich der Folgen für das Proletariat, soll in einem weiteren Artikel dargelegt werden.

Politische Rundschau

Aus dem „roten" Sachsen.

Dresden, 31. Mai. (WTB.) „Gestern abend bewegten sich nach Schluß der Demonstrationszüge unter Führung des Kommunisten Bellmann Erwerbslose nach dem Polizeipräsidium. Da der proletarische Selbstschutz sich außerstande erklärte, die immer größer werdende Ansammlung zum Abzug zu bewegen, übernahm die Polizei die Absperrung. Nach einer Schreckschußsalve stoben die Massen panikartig auseinander. Die Umgebung des Polizeipräsidiums wurde sodann planmäßig geräumt, wobei mehrere Personen festgenommen wurden. Auch in der inneren Stadt kam es spät abends zu Zusammenstößen, wobei neben dem Gebrauch der Gummischläger auf dem Postplatze auch Schreckschüsse abgegeben werden mußten. Die Kundgebungen zogen sich bis spät in die Nacht hinein. Plünderungen sind nicht bekannt geworden."

Da wird manch einer vielleicht mit dem Kopf schütteln und naiv seine Meinung dahin formulieren: Die Hundertschaften müßten doch eigentlich mit den Massen gegen die Polizei kämpfen und nicht umgekehrt. Den Unglücklichen ist zu raten, ihre Nase nicht zu weit vorzustecken, damit sie nicht in Reichweite der Knüppel der „proletarischen Hundertschaften" kommt. Jagows Ausspruch: „Ich warne Neugierige", gilt auch hier. Vielleicht denken die Proleten in der KPD. einmal darüber nach, wie revolutionär es ist, ihren Großbonzen zu liebe, die so vom Ministerstuhlbedürfnis geplagt sind, gerade die Proleten zu verprügeln, die auf die Phrasen dieser großen „Schweiger" hereinzufallen sind. Wie gesagt, vielleicht denken sie einmal darüber nach, auch von wegen Arbeiterregierung und so — — —.

Ein Appell an die Schwachsinnigen

Von einem Genossen wird uns geschrieben: Nach dem schönen Aufruf vom Dienstag, den 29. Mai, hat die nationalbolschewistische Volkspartei (sie nennt sich verführenderweise noch immer KPD.) wieder einen am 31. Mai losgelassen, in dem sie sich den erstaunenden Proleten als Sieger vorstellt.

„All die Lügen vom Kommunistenaufstand und Verbrüderung mit dem französischen Imperialismus sind zerflattert"; heißt es da, „die bürgerliche Presse befindet sich auf dem Rückzug, die Hetze gegen die Kommunisten ist abgestumpft. Die Industrielen beginnen zu bereuen, daß sie den Metallarbeitern, Staats- und Gemeindearbeitern Lohnerhöhungen von 32 bis zu 60 Prozent. Dies ist sehr wenig, die Preise sind seit Februar viel mehr gestiegen; aber jedenfalls ist es ein Sieg der streikenden Arbeiterschaft. Sie haben durch ihre Solidarität, trotz der Sabotage der freien Gewerkschaftsführer dem vertrusteten Kapital die Macht gezeigt. Und es mußte den Rückzug antreten." — — „Wir buchen als große Errungenschaft, daß es der kommunistischen Partei gelungen ist, durch die Einsetzung ihrer Organisation, durch Kaltblütigkeit und Wachsamkeit, durch rücksichtsloses Angriff gegen die Regierung, das durch dunkle Macht vorbereitete Blutbad für das Ruhrgebiet zu verhindern".

Armer „Vorwärts"! Hier entsteht eine Konkurrenz, die tatsächlich gefährlich werden kann, wenn der Schwachsinn noch weiter um sich greift. Denn alle Elemente mit gesundem kleinbürgerlichen Verstand, wären bis jetzt größtenteils in der SPD. Daß es in Deutschland eine große Zahl Schwachsinniger gibt, beweist schon die Existenz der KPD. Doch wer hatte es für möglich gehalten, daß die Gefahr vorliegt, daß diese letzte Sorte so überhand nimmt, daß die Partei der Schwachsinnigen letzten Endes das zu retten sich berufen fühlt, was die SPD. nicht mehr kann: die demokratische Republik. Man lese nochmal „durch Angriff auf die Regierung — die bürgerliche Presse zum Rückzug gezwungen — — bis 60 Prozent Lohnerhöhung — — trotzdem die Preise vielmehr gestiegen sind — — ein Blutbad verhindert — — und zuletzt: „Wir sind stolz auf diesen Sieg!"

Da brüllt diese Gesellschaft wochen- und monatelang von „Kampf gegen Cuno", für eine „Arbeiterregierung", macht alle Proleten, denen zur Hälfte der preußische Kommis, zur anderen Hälfte die Heilsarmeetaktik der nationalbolschewistischen Volkspartei den Kopf verdreht hat, mit ihren Hundertschaften verrückt, und als es so weit ist, und größere Teile von Proletariern auf diesen Schwindel hereingefallen sind, läßt sie ihre Hundertschaften aufmarschieren unter Führung eines kapitalistisch-demokratischen Polizeiinspektors und brüllt dann: „Sieg! Sieg! Sieg auf der ganzen Linie!"

Beweis? So und so viel sind bei diesem „Sieg" verhaftet worden, werden geprügelt, mißhandelt, eingesperrt. Richtig, Schurken, die mit den Interessen des gesamten Proletariats ein frivoles Spiel treiben, fragen natürlich nichts danach, wenn für ihre Zwecke ein paar Hundert auf der Strecke bleiben. Das geht ja gar nicht anders, sonst hätte man ja gar keine Beweise für seinen „Kampf". Die Drahtzieher wissen schon, was sie wollen. Für sie sind Proletarier Kanonenfutter, genau wie bei Ludendorff.

Weiterer Beweis? Die Regierung hat die „Hetze" eingestellt. Stimmt. Warum? Man lese doch die „Rote Fahne" vom Sonntag vorher. Dort steht im Fettdruck:

„Entweder läßt die Regierung die Hetze gegen die KPD., oder wir werden das Schweigen brechen."

Die Regierung hatte nach diesem „Sieg" dieser Partei natürlich keine „Mordhetze" mehr nötig. Und die KPD. — schweigt weiter! Warum? Man lese die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne", dort steht:

„Noch weniger hat sie ein Interesse. Herrn Poincaré zum Siege zu verhelfen."

Wer nicht ganz schwachsinnig ist, der muß also auch sehen, daß die Partei, die man bis dato an dem Schrei: „Nieder mit Cuno" erkannte, Hand in Hand mit dieser Regierung arbeitet, alle Anschläge gegen das Proletariat kennt, von dem ganzen Spiel hinter den Kulissen unterrichtet ist, selbst ihre Hand im Spiele hat bei den Streikaktionen im Ruhrgebiet, im Ruhrgebiet ihre Regierungsfähigkeit beweisen wollte und

alle Veranlassung zum Schweigen hat!

Den Proleten in der KPD. jedoch sei gesagt: daß in der SPD. sich noch Proletarier befinden, ist wohl traurig, aber begreiflich. Aber auch sie werden, wenigstens zum Teil, noch einmal aufwachen. Wer jedoch einer solchen Partei angehört, wie der nationalbolschewistischen Volkspartei, der muß — man sei uns nicht böse — schwachsinnig sein. Für die Revolution kommen jedoch Schwachsinnige nicht in Frage.

Um allem die Krone aufzusetzen, veröffentlicht die KPD. in erwähnter Nummer den Speisezettel des „Betriebsrätekongresses und ruft zum „Kampf" auf.

Die Mitschuldigen

Ein reizendes Jugendwerk von Goethe führt den obigen Titel. Die Pointe des Stückes besteht darin, daß, obgleich alle beteiligten Personen zweifellos Lumpereien auf dem Gewissen haben, keiner derselben von der anderen ein Haar gekrümmt werden kann, denn alle sind gegeneinander gleich schuldig. Und so darf der verlumpte Söller sich gegen den Alcest einen immerhin recht frechen Ton erlauben — denn wenn er dem Alcest etwas vom ungerechten Mammon erleichtert hat, so hat ihn dafür Alcest mit einem Paar recht dekorativer Hörner beschenkt. — An dieses kleine Lustspiel wurde man unwillkürlich durch den am 29. Mai in der „Roten Fahne" erschienen Aufruf der Zentrale der KPD. und des Reichsausschusses der Betriebsräte erinnert, der sich gegen die Regierung Cuno eine Sprache erlaubt, die bisher nur das Privileg äußerst rechts stehender Blätter war. Das was in der „Roten Fahne" an dieser Stelle über die Regierung gesagt wird, könnte ebensogut in der radikalsten Rechtspresse stehen, die bisher noch kein ungestraft Arbeiter, Staats- und Gemeindearbeitern Lohnerhöhungen von 32 bis zu 60 Prozent. Dies ist sehr wenig, die Preise sind seit Februar viel mehr gestiegen; aber jedenfalls ist es ein Sieg der streikenden Arbeiterschaft. Sie haben durch ihre Solidarität, trotz der Sabotage der freien Gewerkschaftsführer dem vertrusteten Kapital die Macht gezeigt. Und es mußte den Rückzug antreten." — — „Wir buchen als große Errungenschaft, daß es der kommunistischen Partei gelungen ist, durch die Einsetzung ihrer Organisation, durch Kaltblütigkeit und Wachsamkeit, durch rücksichtsloses Angriff gegen die Regierung, das durch dunkle Macht vorbereitete Blutbad für das Ruhrgebiet zu verhindern".

Armer „Vorwärts"! Hier entsteht eine Konkurrenz, die tatsächlich gefährlich werden kann, wenn der Schwachsinn noch weiter um sich greift. Denn alle Elemente mit gesundem kleinbürgerlichen Verstand, wären bis jetzt größtenteils in der SPD. Daß es in Deutschland eine große Zahl Schwachsinniger gibt, beweist schon die Existenz der KPD. Doch wer hatte es für möglich gehalten, daß die Gefahr vorliegt, daß diese letzte Sorte so überhand nimmt, daß die Partei der Schwachsinnigen letzten Endes das zu retten sich berufen fühlt, was die SPD. nicht mehr kann: die demokratische Republik. Man lese nochmal „durch Angriff auf die Regierung — — die bürgerliche Presse zum Rückzug gezwungen — — bis 60 Prozent Lohnerhöhung — — trotzdem die Preise vielmehr gestiegen sind — — ein Blutbad verhindert — — und zuletzt: „Wir sind stolz auf diesen Sieg!"

Da brüllt diese Gesellschaft wochen- und monatelang von „Kampf gegen Cuno", für eine „Arbeiterregierung", macht alle Proleten, denen zur Hälfte der preußische Kommis, zur anderen Hälfte die Heilsarmeetaktik der nationalbolschewistischen Volkspartei den Kopf verdreht hat, mit ihren Hundertschaften verrückt, und als es so weit ist, und größere Teile von Proletariern auf diesen Schwindel hereingefallen sind, läßt sie ihre Hundertschaften aufmarschieren unter Führung eines kapitalistisch-demokratischen Polizeiinspektors und brüllt dann: „Sieg! Sieg! Sieg auf der ganzen Linie!"

Beweis? So und so viel sind bei diesem „Sieg" verhaftet worden, werden geprügelt, mißhandelt, eingesperrt. Richtig, Schurken, die mit den Interessen des gesamten Proletariats ein frivoles Spiel treiben, fragen natürlich nichts danach, wenn für ihre Zwecke ein paar Hundert auf der Strecke bleiben. Das geht ja gar nicht anders, sonst hätte man ja gar keine Beweise für seinen „Kampf". Die Drahtzieher wissen schon, was sie wollen. Für sie sind Proletarier Kanonenfutter, genau wie bei Ludendorff.

Weiterer Beweis? Die Regierung hat die „Hetze" eingestellt. Stimmt. Warum? Man lese doch die „Rote Fahne" vom Sonntag vorher. Dort steht im Fettdruck:

„Entweder läßt die Regierung die Hetze gegen die KPD., oder wir werden das Schweigen brechen."

Die Regierung hatte nach diesem „Sieg" dieser Partei natürlich keine „Mordhetze" mehr nötig. Und die KPD. — schweigt weiter! Warum? Man lese die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne", dort steht:

„Noch weniger hat sie ein Interesse. Herrn Poincaré zum Siege zu verhelfen."

Wer nicht ganz schwachsinnig ist, der muß also auch sehen, daß die Partei, die man bis dato an dem Schrei: „Nieder mit Cuno" erkannte, Hand in Hand mit dieser Regierung arbeitet, alle Anschläge gegen das Proletariat kennt, von dem ganzen Spiel hinter den Kulissen unterrichtet ist, selbst ihre Hand im Spiele hat bei den Streikaktionen im Ruhrgebiet, im Ruhrgebiet ihre Regierungsfähigkeit beweisen wollte und

alle Veranlassung zum Schweigen hat!

Den Proleten in der KPD. jedoch sei gesagt: daß in der SPD. sich noch Proletarier befinden, ist wohl traurig, aber begreiflich. Aber auch sie werden, wenigstens zum Teil, noch einmal aufwachen. Wer jedoch einer solchen Partei angehört, wie der nationalbolschewistischen Volkspartei, der muß — man sei uns nicht böse — schwachsinnig sein. Für die Revolution kommen jedoch Schwachsinnige nicht in Frage.

Um allem die Krone aufzusetzen, veröffentlicht die KPD. in erwähnter Nummer den Speisezettel des „Betriebsrätekongresses und ruft zum „Kampf" auf.

Die Mitschuldigen

Ein reizendes Jugendwerk von Goethe führt den obigen Titel. Die Pointe des Stückes besteht darin, daß, obgleich alle beteiligten Personen zweifellos Lumpereien auf dem Gewissen haben, keiner derselben von der anderen ein Haar gekrümmt werden kann, denn alle sind gegeneinander gleich schuldig. Und so darf der verlumpte Söller sich gegen den Alcest einen immerhin recht frechen Ton erlauben — denn wenn er dem Alcest etwas vom ungerechten Mammon erleichtert hat, so hat ihn dafür Alcest mit einem Paar recht dekorativer Hörner beschenkt. — An dieses kleine Lustspiel wurde man unwillkürlich durch den am 29. Mai in der „Roten Fahne" erschienen Aufruf der Zentrale der KPD. und des Reichsausschusses der Betriebsräte erinnert, der sich gegen die Regierung Cuno eine Sprache erlaubt, die bisher nur das Privileg äußerst rechts stehender Blätter war. Das was in der „Roten Fahne" an dieser Stelle über die Regierung gesagt wird, könnte ebensogut in der radikalsten Rechtspresse stehen, die bisher noch kein ungestraft Arbeiter, Staats- und Gemeindearbeitern Lohnerhöhungen von 32 bis zu 60 Prozent. Dies ist sehr wenig, die Preise sind seit Februar viel mehr gestiegen; aber jedenfalls ist es ein Sieg der streikenden Arbeiterschaft. Sie haben durch ihre Solidarität, trotz der Sabotage der freien Gewerkschaftsführer dem vertrusteten Kapital die Macht gezeigt. Und es mußte den Rückzug antreten." — — „Wir buchen als große Errungenschaft, daß es der kommunistischen Partei gelungen ist, durch

Die II. Internationale

(Ihre Geschichte 1889 bis 1914.

Seit der Auflösung der 1. Internationale wurden wiederholt Versuche gemacht, eine Internationale der sozialistischen und Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen. Erst 1889 führte dies zu einem Erfolge. Auf dem in Paris abgehaltenen Kongreß, der eine Trennung zwischen den „Possibilisten" (Pseudosozialisten, die nur das „Mögliche" erstreben wollen) und den „Radikalen" herbeiführte, ist der erste Anstoß einer solchen Organisation geschaffen worden. In den nächsten Jahren wurden abgehalten 1891 ein Kongreß in Brüssel, 1893 in Zürich, 1896 in London, 1900 in Paris. Erst auf diesem letzten Kongreß ist eine eigentliche Organisation der zweiten Internationale geschaffen worden. Laut der dort angenommenen Resolution sollten in Zukunft zu den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen zugelassen werden: 1. nur solche Organisationen, welche sich zu den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus bekennen; Vergesellschaftung der Verkehrs- und Produktionsmittel, internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse, Eroberung der öffentlichen Macht durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat; 2. alle Arbeiterorganisationen, welche den Gedanken des Klassenkampfes akzeptieren und die Notwendigkeit politischer Aktionen anerkennen, ohne direkt an denselben teilzunehmen. Gleichzeitig wurde ein Internationales Sozialistisches Büro in Brüssel eingesetzt und dadurch ein Band — wenn auch ein äußerst lockeres — zwischen den der Internationale angeschlossenen Organisationen geschaffen. Ihrem allgemeinen Charakter nach blieb die zweite Internationale nach wie vor eine äußerst lockere Organisation, da die Beschlüsse der alle zwei Jahre zusammentretenden internationalen Kongresse keine bindende Kraft für die nationalen Sektionen besaßen.

Die erste Periode der Entwicklung der II. Internationale fällt ungefähr mit den Jahren 1889 bis 1904 zusammen. Auf dem Züricher und Londoner Kongreß ist endgültig eine Trennung zwischen dem Sozialismus und dem Anarchismus vollzogen worden. Gleichzeitig wurde im Schoße der Internationale ein scharfer Kampf um die Frage des Ministerialismus geführt, vor allem auf den Kongressen in Paris 1900 und in Amsterdam 1904. Die Resolutionen, die in dieser Frage angenommen wurden, trugen das Gepräge jener Zwiespältigkeit, welche die II. Internationale überhaupt kennzeichnet. Die von Kautsky entworfene Kompromiß-Resolution erklärte treffich, daß die Sozialdemokratie in der bürgerlichen Ordnung keine Beteiligung an der Regierung annehmen könne, gleichzeitig aber wurde im Einklang mit der Pariser Resolution ein Vorbehalt mit Bezug auf Ausnahmezustände, „Kriegszeit" gemacht. Noch viel charakteristischer für diese Periode der Entwicklung der II. Internationale war ihre Stellungnahme zu den Problemen der internationalen Politik und insbesondere zu den Fragen des Weltkrieges. Die zweite Internationale stand unter dem Zeichen „Gegen den Zarismus." Die Gefahr des Weltkrieges, die schon wiederholt die erste Internationale beschäftigt hatte, erschien vor der zweiten als eine der größten Gefahren für die Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Daher war sie kriegsfeindlich und antimilitaristisch. Die Kongreßresolutionen faßten aber den Krieg als unausbleibliche Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf und machten nach Mitteln gegen die Kriegsgefahr, vor allen Dingen in den allgemeinen Formen der sozialistischen Agitation und Organisation. Konkrete Mittel, welche ins Auge gefaßt wurden, trugen einen sehr bunten Charakter und entsprangen nur zum Teil dem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem anarchistischen Kampfmittel des Militärstreiks, zum Teil aber der ausgesprochenen reformistischen Einstellung der Mehrheit der zweiten Internationale. In dieser Richtung sind besonders die Beschlüsse des Londoner (1896) und des Pariser (1900) Kongresses charakteristisch. Der erstere forderte neben der Abschaffung des stehenden Heeres und der Organisierung des Volkes in Waffen, neben der Uebertragung der Entscheidung über Krieg und Frieden an das Volk die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes, dessen Entscheißungen endgültig wären. Diese Beschlüsse trugen bisher das Gepräge einer utopistisch-reformistischen Auffassung, um so mehr, als die Resolution im nächsten Absatz davon sprach, daß die Arbeiterklasse, in dieser Frage wie in jeder anderen nur dann ihren Zweck erreichen können, wenn sie einen überwiegenden Einfluß auf die Gesetzgebung erobert haben wird. Demgegenüber protestierte der nächste internationale Kongreß in Paris (1900) gegen die „sogenannten Friedenskonferenzen, wie die Haager, die in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nur zu trügerischen Entäuschungen führen können, wie dies letztens der Burenkrieg bewiesen habe." — In der Periode 1904 bis 1907 erlebte die Arbeiterbewegung einen höchsten Aufschwung, der zum Weltkrieg führte. Die internationale Arbeiterbewegung entwickelte sich in dieser Zeit ganz gewaltig, aber die Kraft der II. Internationale nicht dementsprechend. Die Haltung der zweiten Internationale gegenüber dem Weltkrieg wurde wiederholt auf den internationalen Kongressen erörtert, in Stuttgart im Jahre 1907, in Kopenhagen im Jahre 1910, auf dem außerordentlichen Baseler Kongreß im Jahre 1912 aus Anlaß des Balkankonfliktes. In den Reden aller dieser Kongresse kann die unversöhnliche Feindschaft der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus, dem Imperialismus und den imperialistischen Kriegen zum Ausdruck. Besonders sind die Aeußerungen des Baseler Kongresses (1912) in dieser Hinsicht beachtenswert, die wichtigste Stelle lautet wörtlich:

„Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Masseneland, das die kapitalistische Produktionsweise bereitet, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune zeigt hat. So konnte es auch nicht ausbleiben, daß im Moment 1871 im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hatte, daß die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben, und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnwitz, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge. Wenn irgendwelche Verpflichtung irgendwelcher der normalen Fortenwicklung abschneiden, und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen des kam die unversöhnlichte Feindschaft der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus, dem Imperialismus und den imperialistischen Kriegen zum Ausdruck. Besonders sind die Aeußerungen des Baseler Kongresses (1912) in dieser Hinsicht beachtenswert, die wichtigste Stelle zuletzt wörtlich:

„Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Masseneland, das die kapitalistische Produktionsweise bereitet, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune

Wirtschaft

Kohlenpreiserhöhung um 50 bis 59 Prozent.

Darüber berichtet der „Vorwärts": „In einer Sitzung der Organe der Kohlenwirtschaft, die am Mittwoch, im Reichswirtschaftsministerium stattfand, wurde über die Kohlenpreiserhöhung verhandelt, die mit Rücksicht auf die eingetretenen Material- und Lohnerhöhungen notwendig geworden ist. Es wurde beschlossen, die Kohlenpreise ab 1. Juni um etwa denselben Prozentsatz zu erhöhen, um den für den einzelnen Revieren die Bergarbeiterlöhne ab 1. Juni erhöht worden sind, d. h. um rund 50 bis 59 Prozent. Außerdem wurde eine Erhöhung des in dem Kohlenpreis enthaltenen Beitrages für den Bergarbeiterunterstützungsfonds von 400 auf 2100 Mark je Tonne abgesetzter Steinkohle beschlossen.

Die Beschlüsse erfolgten einstimmig. Nach ihnen wird sich z. B. Ruhrfettkohle von 143 510 Mark auf 221 220 Mark je Tonne erhöhen."

Die Meldung ist so schön, daß sich eigentlich jedes Wort erübrigt. „Die Beschlüsse erfolgten einstimmig." Wir haben euch eben eine „Lohnerhöhung" bewilligt, und ihr bewilligt uns jetzt eine Preiserhöhung, damit ihr bald wieder mit einer „Lohnerhöhung" aufwarten könnt, wenn die Kohlenpreiserhöhung sich auswirkt. — Geschäft ist Geschäft.

Ein sozialisierter Betrieb

Die „Deutsche Werke A.-G.", die durch Herrn Wojak und seine sozialdemokratischen Verteidiger noch besser bekannt wurden als sie es durch ihre Maßregelung revolutionärer Proletarier und der unerhörten Ausbeutung schon waren, haben schon jetzt ihren Rechenschaftsbericht für 1922 (!) fertig! Diese Gesellschaft ist Eigentum der demokratischen Republik. Zu ihren Aktionären gehören die höheren Gewerkschaftsbeamten und Parlamentarier

Konjunkturumschwung in Amerika

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Der amerikanische Kapitalismus hat während des Krieges Europa nicht nur mit Waffen und Munition versorgt, sondern auch die kolonialen Absatzmärkte der europäischen Industrie an sich gerissen. Die Produktionsmittel wurden während des Krieges infolge Ueberlastung durch Tag- und Nachtschichten zwar enorm mitgenommen, aber Industrie und Landwirtschaft ernteten goldene Reichtümer.

Das Ende des Krieges war für das amerikanische Kapital auch das Ende der goldenen Ernte. Die Lieferungen nach Europa hörten auf, die kolonialen Absatzgebiete gingen z. T. wieder an das tiefvalutarische Europa verloren und die Furcht vor der Revolution in Europa raubte dem amerikanischen Kapitalismus den Unternehmungsgeist. Mehr als zwei Jahre wütete in Amerika die Industriekrise. Amerika hatte die größte Arbeitslosenziffer. Erst als das amerikanische Kapital sah, daß der Jahzorn des europäischen Proletariats sich gelegt hatte, und daß die russische Revolution liquidiert und das deutsche Proletariat niedergeschlagen war, kam ihm wieder die Lust zu neuen Unternehmungen. Seit 1921 hat das amerikanische Kapital einen einzigartig in der Weltgeschichte dastehenden Aufschwung gehabt. An diesem Aufschwung hat sich das Spießbürgertum aller Welt voll neuer Hoffnung begeistert, die deutsche Sozialdemokratie sah schon im Geiste einen neuen Aufschwung des Weltkapitalismus und das deutsche Proletariat, soweit es einst revolutionär eingestellt war, verlor den Glauben an die Revolution. Wir haben wiederholt ausführlich dargelegt, daß die amerikanische Konjunktur nur eine Scheinkonjunktur ist.

Der Aufstieg des amerikanischen Kapitalismus war nur ein künstlicher. Das Wesen des werdenden Kapitalismus ist Konzentration durch Akkumulation infolge Expansion. Der Kapitalismus wächst nur über seine jeweilige Entwicklungsstufe und Produktionsbasis hinaus, solange er Profite zum Kapital anhäufen kann, die er von auswärtigen Absatzmärkten hereinbekommt, um dadurch die Produktionsmittel zu vervollkommnen, die Produktion zu steigern, neue Absatzmärkte zu erobern. Alles das fehlt dem Weltkapitalismus, infolgedessen auch dem amerikanischen. Die Zeit, da sich der amerikanische Kapitalismus „aus sich" heraus vergrößern konnte, d. h. daß er sich entwickeln konnte durch Menschen- und Kapitalimport und Urbarmachung von Oedländereien, Niederlegung von Wäldern, Kanalisierung und Industrialisierung, war in ihrer großen Linie bereits 1895 abgeschlossen. Seitdem verlangsamte sich das Tempo und in demselben Maße mußte der amerikanische Kapitalismus an der Jagd nach Absatzmärkten teilnehmen. Beide Möglichkeiten waren der amerikanischen Entwicklung der Nachkriegszeit nicht mehr in genügendem Maße offen. Die Absatzmärkte, welche das amerikanische Kapital in der Nachkriegszeit eroberte, gingen europäischen Industriestaaten verloren. In demselben Maße als Amerika europäische Waren verdrängte, legte es Industrie still, zerstörte die Kaufkraft und beraubte sich des Absatzgebietes. Im Weltmaßstab gesehen, geht die Zerstörung der Kaufkraft durch Lohnsenkung und Ausschaltung von Proletariern aus dem Produktionsprozeß in ansteigender Linie vor sich. So sicher als der Kapitalismus bei Strafe seines Unterganges seinen Lohnsklaven die Löhne nich relativ erhöhen kann, so sicher geht diese Entwicklung weiter bis in den Abgrund, wo der Kapitalismus das Proletariat erdrückt und darauf selbst zum Teufel geht. Die Geschichtsepoche des Kapitalismus ist abgelaufen und der amerikanische ist davon nicht ausgenommen, wenn er auch der lebenskräftigste ist. Es kommt nun darauf an, ob das Proletariat den Totentanz bis zu Ende mitmacht und sich selbst das Grab schaufelt. Einstweilen beginnt auch der amerikanische Kapitalismus seine rückläufige Bewegung infolge Erlöschens der Kaufkraft des europäischen Proletariats.

Seit 1921 hat der amerikanische Kapitalismus gelebt von den Kriegsgewinnen. Die während und in den ersten 2 Jahren nach dem Kriege zerstörten industriellen und landwirtschaftlichen Produktions- und Transportmittel wurden in großzügiger Weise erneut und verbessert. Der Staat hat Bauten und den Bau von Eisenbahnen wie des rollenden Materials in sehr großem Maßstabe vornehmen lassen, Stauwerke gebaut und Wasserfälle für die Elektrifizierung, wie Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen errichtet. Die Autoindustrie ist zu nie gesehnter Höhe gediehen und hat das Pferd ausgeschaltet. Die amerikanische Industrie steht technisch auf der denkbar höchsten Höhe. Nur das Wesentlichste fehlt: Der Absatz! Und der Absatz geht in demselben Maße zurück, jemehr der Bedarf und der Hunger der Proletarier steigt. Und je mehr dem Kapitalismus der Absatz, die Profite fehlen, desto mehr muß er die Produktion einschränken, die Löhne kürzen, um Profite zu machen, desto mehr entzieht er sich den Boden unter den Füßen.

Bisher gelang es dem amerikanischen Proletariat, alle Angriffe auf seine Löhne, d. h. direkte Lohnherabsetzungen abzuschlagen. Es war Hochkonjunktur und Arbeitermangel. Die Preise stiegen aber mehr als die Löhne und so wurde doch an der Zerstörung der Kaufkraft gearbeitet. Der Kapitalismus in seiner höchsten Entwicklung muß aber naturnotwendig die Widersprüche schaffen, die Nägel zu seinem Sarge sind. Daß die Hochkonjunktur in Amerika den Höhepunkt überschritten hat, geht daraus hervor, daß die Preisbewegung zum Stillstand gekommen ist, resp. zum Teil Preisreduktionen stattgefunden haben, trotz steigender Löhne. Diese Merkmale sind ein sicheres Barometerzeichen, daß eine Ueberproduktion vorhanden und eine Absatzkrise im Anzug ist. Denn nicht nur die Industrie- sondern auch die Agrarprodukte bleiben stabil, resp. wurden zum Teil herabgesetzt, trotzdem die Löhne zur Saison stiegen. Die Hauptursache dieser Erscheinungen ist selbstverständlich die Zerstörung der Kaufkraft des europäischen Proletariats. Die Bautenkonjunktur aus der eigenen Entwicklung aber ist schon länger abgeschlossen.

Wir wollen diese Merkmale im Auge behalten. Wir ziehen unsere Schlüsse nicht nur aus den jetzt sichtbar werdenden Zeichen, sondern haben sie vorausgesagt, als der Beschäftigungsgrad rapid wuchs und die neun Millionen arbeitsloser Proletarier nach und nach in den Produktionsprozeß kamen. Noch steht das amerikanische Kapital den Himmel voller Geigen und mit ihm alle in Europa, welche die Revolution fürchten, weil die Industrie noch voll beschäftigt ist. Im Unterbewußtsein dämmert es auch schon dem amerikanischen Kapital. Hat man sich bisher gegen Lohnerhöhungen weniger gesträubt, so wird man jetzt schon hartnäckiger. Nachdem einige kleinere Industriezweige Lohnerhöhungen ableichten und es z. T. zum Kampfe kommen ließen, zeigen sich jetzt auch die Bergwerksmagnaten störrisch. Bei den Grubensklaven gährt es mächtig und die Presse meldet schon, daß die „radikalen Elemente starken Anhang gewinnen". Die Kohlenausfuhr ist in den letzten Monaten infolge der Ruhrbesetzung rapid gestiegen und das amerikanische Grubenkapital sieht das Ende nahen und sich der Einnahmequelle beraubt. Amerika fordert von Deutschland 479 064 313 Dollars (oder rund 6 Billionen Goldmark, oder rund 15 Billionen Papiermark) Kriegsentschädigung, hat aber noch keine Miene gemacht, sie zu erlangen, da ihm mit Industrieprodukten mehr geschadet als genützt würde. Wohl wird der amerikanische Kapitalismus alles versuchen, sich gegen den europäischen zu behaupten. Dadurch wird aber keine Kaufkraft geschaffen, sondern zerstört und der Kapitalismus als System untergraben.

Die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien

(Schluß.)

Wie schon im vorigen Artikel gesagt wurde, sind die Anarchosyndikalisten auf der Bahn des bürgerlichen Liberalismus angelangt. Daher ist es auch gar nicht zu verwundern, daß sie die Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien anerkennen. Im Grunde genommen bestehen zwischen ihnen keine Gegensätze mehr, denn der dem linken Flügel der liberalen Partei angehörende Bourgeois wird stets als noch in weiter Ferne liegendes Ziel die Aufhebung des Privatbesitzes und die Einführung des Sozialismus gutheißen, ja sogar das den spanischen Anarchosyndikalisten so teure System des anarchistischen Kommunismus. — Weiter unterstreichen die Sydikalisten stets ihre unpolitische und sogar antipolitische Einstellung. Das in Madrid von dem Liberalen Rodrigo Solano redigierte Presseorgan der republikanischen Partei war während langer Zeit auch das Organ des spanischen Syndikalismus. Solano selbst, einer der kompromittiertesten bürgerlichen Politiker Spaniens, unterhielt mit den bekanntesten Syndikalisten die freundschaftlichsten Beziehungen. Ein anderer Republikaner, der sich weniger kompromittierte Barlobere, fand lange Zeit große Sympathie bei den Führern des Syndikalismus. Das Organ der Nationalen Arbeitskonföderation in Valencia „Solidarität obrera", räumte seinen Artikeln stets die erste Seite ein, während die Arbeiten von Genossen, die den Standpunkt der Führer nicht teilten, abgelehnt wurden.

Die Arbeiter wollen natürlich von allen diesen politischen Manövern nichts wissen. Als auf der in Saragossa abgehaltenen Konferenz eine zweideutige Resolution über die Bereitwilligkeit der Nationalen Konföderation zu nationaler Politik beschlossen wurde, kam es in der Mitgliedschaft zu aufgeregten Szenen. Der Landesausschuß versuchte in seinen offiziellen Erklärungen, die durch die Reden der Führer bekräftigt wurden, nachzuweisen, daß es sich nicht um Parlamentspolitik handele, gleichzeitig aber setzte er seine Propaganda für ein Zusammenarbeiten mit den liberalen bürgerlichen Parteien fort.

Pazifismus, Ablehnung des Klassenkampfes, Arbeitsgemeinschaft mit den liberalen Parteien, das sind die wesentlichsten Züge des zeitgenössischen Anarchosyndikalismus in Spanien. Eine seiner weiteren Weisheiten gipfelt in der Anschauung, die Massen seien für die Revolution nicht vorbereitet, daher müsse vor allen Dingen das Proletariat aufgeklärt werden. Nicht Gewalt, nicht Sturz der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Schulen und Bibliotheken. „Es gibt nichts leichteres", sagte Segui in Valencia, „als durch Agitation Erregung in die Arbeitermassen zu tragen. Was aber dann weiter? Wenn wir nicht vorbereitet sind, und das sind wir zur Zeit leider noch nicht, so können solche Methoden nur zu negativen Resultaten führen. Nur durch die Macht des Wissens entwickeln sich die einzelnen Individuen und die Völker, und erreichen die höchste Stufe der Geschichte". Quentanilla, einer der klügsten Vertreter des spanischen Syndikalismus, sagte auf einem Meeting in Gigione: „Die soziale Revolution wird erst verwirklicht werden können, wenn die zur Zeit bestehende Gesellschaft ihre Mission erfüllt hat und die technische und allgemeine Wissenschaft auf unserer Seite stehen wird. Ohne diesen Prozeß, der ebenso den Naturzesetzen unterworfen ist wie die embryoale Entwicklung, wird die Revolution nur zum Chaos, zu Elend und Verzweiflung führen." — — —

Inzwischen aber wird Spanien von einer katastrophalen wirtschaftlichen Krise geschüttelt, die einen Riesenumfang anzunehmen droht; sie hat bereits die Arbeitermassen zermürbt und einer klaren Orientierung beraubt. Die Führer der Syndikalisten lassen sie im Stich, sie sind aus der Bahn des Klassenkampfes geschleudert, daher finden sie keinen Ausweg aus der jetzigen Lage. In ihrem eisenen Lande fordern sie Aufhebung der Steuer für die Massen, gesundere Wohnungsverhältnisse, Herabsetzung der Mieten und Errichtung von — Laboratorien zur Prüfung der Lebensmittel.

In bezug auf die internationalen Beziehungen sind sie Anhänger der Berliner Internationale (Syndikalisten). Ebenso gut könnten sie auch zu Amsterdam gehören. Segui ist jetzt auf eine neue Idee gekommen, er tritt jetzt für die Schaffung einer vierten Gewerkschafts-Internationale ein, nämlich für die „Lateinische Internationale".

Mit einem Wort: Der spanische Anarchosyndikalismus ist augenblicklich nicht in der Lage, auch nur ein Problem der Arbeiterbewegung zu lösen. Die Arbeiter sind sich indessen noch nicht bewußt. Daher ist es auch erklärlich, daß die Arbeiter nun mit großer Mühe den apatischen Zustand abschütteln können. Die Unzufriedenheit wächst unter der Arbeiterschaft gegen die Führer. Anstatt diese Organisationen zu verlassen und sich neue Kampfesorganisationen zu schaffen, ist es beim alten geblieben. Die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung war eine Kampforganisation gewesen, heute ist sie als solche erledigt. Innerhalb der Nationalen Arbeitskonföderation haben sich nun nach Moskauer Muster-Zellen gebildet (Revolutionäre Syndikalistenkomitees) die sich der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen haben. Wie Stin in der „Roten Gewerkschafts-Internationale" berichtet, richten diese den Kampf gegen „die reformistischen Führer", welche beseitigt werden sollen. Also ganz nach dem Muster wie wir es in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erleben. Den Proletariern werden neue Illusionen eingetrichtert. Ihnen aber kann nur helfen, der Zusammenschluß in proletarischen Kampfesorganisationen, die Zertrümmerung der alten Gewerkschaften, der revolutionäre, unversöhnliche Klassenkampf.

Alle sozialistische, kommunistische und schöngeistige Literatur
besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.

Mitteilungen

Groß-Berlin.
Kombinierte Mitgliederversammlung
Mittwoch, den 6. Juni 1923, abends 7 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Aus der Jugendbewegung.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Charlottenburg.

Die letzte Mitgliederversammlung beschloß mit größerer Intensivität an die Arbeit zu gehen. Jeden Mittwoch finden im Jugendheim, Wallstraße 76, abends 7.30 Uhr, Vorträge statt, wozu jeder junge Arbeiter und Arbeiterin eingeladen ist. Folgende Vorträge finden statt: Am

Mittwoch, den 6. Juni: Die proletarische Kultur und Sportbewegungen und ihr Wert für den Klassenkampf.

Mittwoch, den 13. Juni: Max Hölz-Abend.

Mittwoch, den 20. Juni: Die geschichtlichen Ursachen und die Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Mittwoch, den 27. Juni: Die Entwicklungsgeschichte in der Tier- und Pflanzenwelt (Entwicklungstheorie von Darwin).

Jeden Dienstag finden bei dem Obmann Funktionärabende statt. Jeder Genosse hat für pünktliches Erscheinen und rege Propaganda Sorge zu tragen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Norden.
Zusammenkunft jeden Mittwoch, abends um 8 Uhr, in der 225. Schule, Böttgerstr. 17.

Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Vortrag: „Die kapitalistische Weltwirtschaft."

•

Groß-Hamburg.

Nächste Versammlungen:

Bezirk Barmbeck: An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wittkopp, Wohlsdorfer Str. 33: 5. Juni, 19. Juni, 3. Juli.

Bezirk Hammerbrook: An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wendehalle, Wendenstraße 72: 28. Juni.

Literatur und Kaz. stets zu haben: Gustav Lanfeldt, Barmbeck, Käthnerort 54, I.

•

Warnung!

Wir bringen den Genossen zur Kenntnis, daß das Mitglied Volkmann, wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern sowie Bestehlung von Genossen aus der AAU. Zella-Mehlis ausgeschlossen ist. Wir warnen vor Aufnahme desselben.

AAU. und KAPD. Zella-Mehlis.

•

Pressefonds.

Von Hartmann, Zittau 10 000; von Wallner, Nürnberg 2400; von K. A. Wilmersdorf 2500; von E. R. (16. Unterbez.) 2000; von Schwarz, Cöpenick 3000; R. Sch., Tegel 2000; von 2. B.O.-Bezirk 20 000; von John, Willi Chemnitz 1700 Mark.

Unterstützt eure Presse!
Genossen!

Die neue Teuerungswelle geht auch an uns nicht vorüber, trotzdem es uns nicht immer möglich ist, sofort auch nur die allernötigsten Unkosten durch entsprechende Erhöhung wettzumachen.

Dazu kommt noch die mangelnde Abrechnung einzelner Bezirke. All dies vergrößert sofort unsere finanziellen Schwierigkeiten ins Ungeheure. Unser Ruf an unsere Mitglieder und Leser, pünktlich abzurechnen; dieselbe Pünktlichkeit walten zu lassen, wie dies — selbst unter den schwierigsten Umständen Umständen — in bezug auf die Lieferung der „KAZ." der Fall ist, muß zur Selbstverständlichkeit werden!

Um im laufenden Monat nicht in unüberwindliche Schwierigkeiten zu geraten, appellieren wir an unsere Leser, die „KAZ." durch freiwillige Beiträge zu unterstützen.

Sammelt für den Pressefonds!

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200,— Durch die Post für die erste Juni-Hälfte 1400,—

Name: .....

Ort: ..... Str. ..... Nr. .....

Quergeb.: ..... Hinterh.: ..... Vorderh.: .....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offener Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Lieto, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Idelmann, Berlin O 17

4. Jahrg. Nr. 43 — Preis 300 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200 Mk. Einzel-Exemplare erste Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 1400 Mark. Nach dem übrigen Ausland 2000 Mark monatlich.

Streiks und Hungerrevolten im ganzen Reich

Die Hungerepidemie, die im Ruhrgebiet zuerst zu einem Aufblühen der Lohnsklaven führte, greift jetzt immer mehr in das unbesetzte Gebiet über. Ganz sonderbar — wo doch an der Ruhr nach den Meldungen der kapitalistischen Presse die Franzosen die eigentlichen Urheber sein sollen. Aber so groß und umfassend auch die ausbrechenden Rebellionen sind: Kraft und Zielklarheit wohnt ihnen nicht inne. Im „roten Sachsen" vollends demonstriert die Bourgeoisie noch mit — ohne daß die Proletarier den lustigen Hohn merken. Wir geben folgende Meldungen wieder:

Leipzig.

WTB. Leipzig, 4. Juni. Im Anschluß an Demonstrationen von Erwerbslosen im Palmengarten und auf dem Reichsgerichtsplatz ist es heute zu Tumulten gekommen, nachdem eine Deputation der Erwerbslosen beim Rat der Stadt wegen der Erhöhung der Unterstützungssätze vorstellig geworden war. Dann gingen die Demonstranten zum Teil auseinander. Rest derselben versammelten sich auf den Straßen einige Trupps. Gegen 2 Uhr nachmittags bewegte sich ein Zug von Demonstranten um die äußere Promenade zum Augustusplatz nach dem Kaffee Felsche. Die Veranda wurde zerstört und die Tische und Stühle wurden in die großen Spiegelscheiben geworfen. Die anwesenden Gäste konnten rechtzeitig flüchten, so daß Verletzungen von Personen nicht vorgekommen sind. Später rückte ein starkes Polizeiaufgebot an, welches das Café absperrte. Auch an anderen Stellen der Stadt machten sich einzelne Trupps von Erwerbslosen bemerkbar, namentlich in der Peters- und Grimmaischen Straße. Vor dem Modehaus Steckner kam es zu einem Zusammenstoß mit Zivilisten, wobei ein Herr Verletzungen davontrug. Auch im Kaffee Ziegler, an der Promenade, richteten die Erwerbslosen Schaden an. Sämtliche Geschäfte im Petrawanderviertel am Brühl sind am Nachmittag geschlossen. Vor den größeren Lokalen der äußeren Stadt waren Posten des proletarischen Selbstschutzes; die Polizei ist in Alarmbereitschaft, da man eine Wiederholung der Tumulte am Abend befürchtet.

Bielefeld.

Bielefeld, 4. Juni. (WTB.) Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei fordern gemeinsam mit anderen Organisationen in einem Aufruf für heute nachmittag zu einer Demonstration gegen Wucher und Schieberei auf.

Bielefeld, 4. Juni. (WTB.) Aus Anlaß der heute stattfindenden Beerdigung der beiden Opfer der Erwerbslosendemonstrationen vom vergangenen Donnerstag hat Oberbürgermeister Rüdiger einen Aufruf erlassen, worin Behörde und Aufruf erklären, in dem sie die heute an der Beerdigung nachmittag zu gleichem Anlaß in Aussicht genommenen Demonstrationen ablehnen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt alle Lokale (Geschäfte und Gaststätten) von 2 Uhr ab bis einschließlich früh geschlossen zu halten. Der Ausschank und die Verabreichung alkoholischer Getränke ist für die gleiche Zeit ebenfalls verboten und Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mark und Haft bis zu 14 Tagen geahndet. Die Oberbürgermeister Rüdiger hat in einem Schreiben an den Deutschen Gewerkschaftsbund [illegible] Verbot aufgehoben.

Dortmund.

Dortmund, 4. Juni. (WTB.) Wie die Arbeiterschaft mitteilt, ist in Dortmund der Streik bereits 14 Tage eingetreten und noch immer nicht beendet. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, mit der gemeinsamen Ortsleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes und des Christlichen Verbandes in Verhandlungen zu treten. Die Gewerkschaftsorganisation in Berlin gewandt, wo im Beisein eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums heute Verhandlungen stattfinden sollen.

Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 4. Juni. (WTB.) Die hiesigen Buchdruckereibesitzer sind an die Verleger mit dem Verlangen einer Zulage herangetreten. Die Verleger haben darauf erklärt, ohne Verbindung mit den Rauchheimer Betrieben nicht verhandeln zu können, haben jedoch den Arbeitern einen Vorschuß auf die kommende Lohnerhöhung zugesagt. Die Arbeiter haben dieses Angebot abgelehnt, so daß die „Pfälzische Rundschau", der „General-Anzeiger" und die „Neue Pfälzische Landeszeitung" nicht erscheinen konnten.

Nürnberg.

In Feucht bei Nürnberg überfielen Polizei und Hakenkreuz eine Arbeiterversammlung. Die „Rote Fahne" und auch der „Vorwärts" melden darüber:

Gerichtsassessor Dr. Nürnberg-Fürth hatte auf Anraf der Reichsflagge eine Hundertschaft nach Feucht bestellt. Ohne sich über die Verhältnisse näher zu orientieren, ohne sich zu überzeugen, ob die Ordnung in irgendeiner Weise gestört würde, kommandierte der Führer der Hundertschaft: „Die Reichsflagge (Faszistische Organisation) erledigt den Hof!" — drang selbst mit seinen Mannschaften in den im innersten Stock gelegenen Versammlungsraum ein.

„Hände hoch!" und ein mörderisches Feuer unter die dichte Versammlung war das Werk eines Augenblicks.

Die Arbeiter versuchten zu flüchten, wurden aber roh zurückgestoßen und mit Gummiknüppeln bearbeitet. Einige sprangen aus den Fenstern, wurden von Sipo und Reichsflagge gemeinsam traktiert. — Resultat dieses Vorgehens waren ein Toter, mehrere Schwer- und Leichtverletzte. — Mit „Hände hoch!" wurden die Versammlungsbesucher in den Hof getrieben, einzeln auf Waffen untersucht und namentlich festgestellt. Reichsflagge und Sipo arbeiteten zusammen.

Oberschlesien.

WTB. Beuthen, 5. Juni. In oberschlesischen Industriegebiet kam es infolgedessen zu einer Teuerungswelle zu Streiks unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Die Belegschaften von acht Großbetrieben stehen bereits geschlossen im Ausstand, darunter die Preußengrube, die Hohenzollerngrube, der Johannaschacht, Grube Neuhoff, die Heinitzgrube, die neue Viktorialgrube, die Julienhütte und die Karstenzentrumsgrube. Die Belegschaft der Castellengrube streikt zum Teil.

•

Es steht außer Zweifel, daß die kommenden Wochen und Monate die Leiden des Proletariats ins maßlose steigern müssen. Schon jetzt haben Gewerkschaftsbürokraten und „proletarische" Hundertschaften alle Hände voll zu tun, um überall die Glutherde auszutreten, trotzdem die Funken allerorts unter der Oberfläche glimmen und der Brand in jedem Moment hell auflodern kann, wenn — was jetzt in immer schlimmerer Maße eintritt — Gewerkschaften und Partei dem Proletariat nichts weiter mehr zu bieten haben, als leere Phrasen und Kugeln.

Man täusche sich jedoch nicht. Das deutsche Proletariat taumelt wie ein Blinder in eine neue Katastrophe hinein in gleichem Schritt und Tritt mit seinen Hintmännern. Die Bourgeoisie demonstriert gemeinsam mit dem Proletariat, dieweil der „proletarische Selbstschutz" gemeinsam mit der Schupo die aufgeklärten Reichsfunker höhnisch bewachen. Die Erwerbslosen werden so vollkommen äußert, zur Verzweiflung getrieben, und niedergemetzelt. Die Front zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird vollkommen verwischt, und die Erkenntnis von den unlösbaren Aufgaben des Proletariats vollkommen ausgerottet. Die Folge kann natürlich nur sein, daß das Proletariat, das in Sumpf und Morast unterirrt und an ruinösen und Fuges in seine Stadt gelenkt ist, diese Arbeitsunwirtschaft mit weiteren Tausenden Opfern seiner Klasse bezahlen muß, wenn es nicht rechtzeitig erwacht.

In wilder Hast rennt die Arbeiterklasse den sich anhäufenden und phantastische sich erhöhenden Löhnen nach. Bald wird es in Deutschland nur noch Millionäre geben — aber das Proletariat, das trotz diesem Trugbilde nicht um eine Entschädigung herumkommen. Es wird trotzdem angesichts des Zusammenbruches der kapitalistischen Wirtschaft wählen müssen zwischen Leben und Tod, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Und das revolutionäre Proletariat darf keinen Augenblick zögern, mit aller Kraft und Energie und unerbittlich und ohne jede Sentimentalität der deutschen Arbeiterklasse in die Ohren zu schreien: Die proletarische Revolution fordert ein Geschieht, daß sich mit Abscheu abwendet von den Predigern der Knechtseeligkeit, deren Radikalismus sich erschöpft im „Kampf um ein Stück Brot". Die proletarische Revolution fordert Proletarier und keine lamentierenden Knechte. Sie fordert die Vollbringung des von der Geschichte gestellten notwendigen Aufgaben, fordert Klassenkampf und Klassensolidarität im Kampf. Nur dann wird es vorwärts gehen, und die politische Atmosphäre von dem Schlamm gereinigt werden, in dem sich wohl alle Minister und alle es werden wollen wohl fühlen, wie die Made im Speck. In dem jedoch das Proletariat — wenn es diesen Weg beharrlich fortsetzt — ersticken muß.

Die Auflösung Deutschlands

II.

Wenn wir nun festgestelt haben, daß von außen dem deutschen Kapital keine Hilfe kommt, so bleibt noch zu untersuchen, ob das deutsche Kapital willens und imstande ist, den französischen Reparationsforderungen gerecht zu werden. Dazu ist es notwendig, auf die innere kapitalistische Entwicklung einzugehen.

Im wesentlichen zerfällt das deutsche Kapital in vier Interessentengruppen: erstens, das schwerindustrielle Kapital unter Führung von Stinnes. Zweitens, die AEG.-Gruppe, die jetzt durch den Direktor Felix Deutsch vertreten wird. Drittens das Schiffahrtskapital, das augenblicklich durch Cuno die Regierungsgewalt ausübt, und viertens, das landwirtschaftliche Kapital. Für die Erfüllungs-Politik scheidet letzteres von vornherein aus. Ein Absatz seiner Produkte ist ihm innerhalb Deutschlands gesichert. Es hat nicht das geringste Interesse an einer Erfüllungspolitik. Die Bestrebungen des landwirtschaftlichen Kapitals gehen dahin, sich von den industriellen Gebieten loszulösen, und sich selbständig landwirtschaftliche Gebiete zu schaffen, wie z. B. Bayern, Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen usw., die mehr oder weniger verstreckt auf eine wirtschaftliche Loslösung vom Deutschen Reiche ausgehen.

Als das Reich zusammenhaltende Faktoren, die für Erfüllungspolitik eintreten, kommen nur das AEG.-Kapital, das sehr stark von Finanzkapital durchsetzt ist, und das Reederkapital in Frage. Die Schiffahrtsgruppe ist am stärksten an der Erhaltung der deutschen Wirtschaft interessiert, da nur bei Erhaltung der deutschen Wirtschaft der deutsche Handel über die deutschen Häfen gehen würde. Mit der Einverleibung Rheinland-Westfalens in die französische Wirtschaft, würde der größte Teil der Ausfuhr über französische und belgische Häfen gehen. Die AEG.-Gruppe ist deshalb an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands interessiert, da sie ihren hauptsächlichen Sitz in Berlin und Umgebung hat und in bezug auf Lieferung von Rohstoff- und Halbfabrikaten sehr stark vom jetzigen besetzten Gebiet abhängig ist. Das Kräfteverhältnis der so verschiedenartig wirtschaftlich interessierten Gruppen ist jedoch folgendes: 65 Prozent entfällt auf das schwerindustrielle Kapital und nur 35 Prozent auf die übrigen Kapitalgruppen.

Bei dieser Kräfteverteilung ist es dem Industriekapital sehr leicht möglich, eine Erfüllungspolitik nach Strich und Faden zu sabotieren. Da die beiden anderen Gruppen von sich aus allein nicht die für eine Erfüllungspolitik notwendigen Gewalten aufbringen können. Es sei daran erinnert, daß das Kapital unter der Epoche Wirth-Rathenau durchaus — nach außen hin — Erfüllungspolitik betrieben hat, während das Industriekapital, wie die Konferenzen von London und Spaa zeigten, eine Sabotage der Erfüllungspolitik betrieben hat. Diese Sabotage äußert sich besonders in dem scharfen Druck, den die Industrie auf die ständige Markentwertung ausübt. Das Ende dieser Sabotage war, daß heute die gesamten deutschen politischen Parteien, einschließlich der sogenannten Arbeiterparteien in die Sabotage der Erfüllungspolitik eingeschlossen haben. Etwas anderes als die vollendete und bewußte Tat umgesetzte Formulierung einer Sabotage der Erfüllungspolitik ist die sogenannte Abwehrfront ja nicht. Für diese Sabotage tritt die SPD. in gleichem Maße ein wie die KPD. und die Deutschnationale Volkspartei. Unterschiede bestehen nur in der Methoden, in dem erstere eine solche mit Verständigungsmöglichkeiten befürworten. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften es sind, die am stärksten die Abwehr gegen den französischen Imperialismus betont haben, zeigt schon genug, daß es sich hier um eine Form der Sabotage der Erfüllungspolitik handelt. In der die Gewerkschaften mit dem deutschen Kapital konform gehen. Das Drängen der deutschen Sozialdemokratie findet seine geschichtliche Parallele in dem Drängen der Sozialdemokratie auf den Wilson-Frieden Ende des Krieges. Man hat damals die nationale Front ebenfalls bis zum äußersten organisiert, und trotzdem eine Verständigung auf Wilsonscher Grundlage angestrebt, weil das deutsche Kleinbürgertum sich gegen die antidemokratische kapitalistische Entwicklung strikte. Genau so nehmen heute die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften eine Erhaltung der „Nation" und der Möglichkeit einer Verständigung mit dem französischen Kapital.

In derselben Linie liegt das Industrieangebot. Es ist ebenfalls der Ausdruck der schärfsten Sabotage einer Erfüllungspolitik. Das Ententekapital fordert 2 bis 2½ Milliarden Goldmark jährlicher Leistung von Deutschland. Das Industrie-